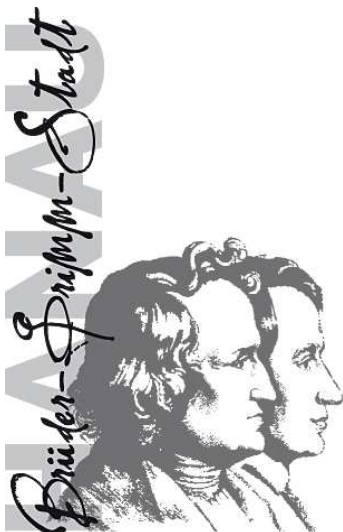


Schrift 23:

## Was passiert mit meinem Dorf? Bevölkerung & Daseinsvorsorge



Impressum:

**Brüder Grimm – Stadt Hanau**

Stabsstelle Demografie

© Dipl.-Pädagoge Lothar Hain

Am Markt 14 – 18

63450 Hanau

Fon: 0 61 81 / 295 354

Februar 2013

## Inhaltsverzeichnis

<b>Was passiert mit meinem Dorf? .....</b>	<b>5</b>
<b>1. Die Demografie und die demografischen Bestimmungsgrößen .....</b>	<b>7</b>
1.1. Die Demografie	
1.2. Die demografischen Bestimmungsgrößen	
<b>2. Die Demografie und ihre vier Phänomene .....</b>	<b>9</b>
2.1. Der demografische Übergang	
2.2. Das demografisch-ökonomische Paradoxon	
2.3. Das demografische Momentum	
2.4. Der demografische Wandel	
<b>3. Demografiebericht der Bundesregierung 2011 .....</b>	<b>12</b>
3.1. Der demografische Wandel - Fakten	
3.2. Ältere Menschen im Erwerbsleben	
3.3. Nachfragesteigerung	
3.4. Herausforderungen für das Gesundheitssystem	
3.5. Ausblick: Der demografische Wandel als Chance	
<b>4. Die Demografie und der öffentliche und mediale Diskurs .....</b>	<b>18</b>
<b>5. Die Demografie und die „harten“ Fakten .....</b>	<b>20</b>
5.1. Europa	
5.2. Deutschland	
5.2. Hessen	
5.3. Main-Kinzig-Kreis	
5.4. Demografiefähigkeit hessischer Städte und Gemeinden	
<b>6. Was passiert mit meinem Dorf? - Schlussfolgerungen .....</b>	<b>32</b>
<b>7. Quellenverzeichnis .....</b>	<b>40</b>

Die Schrift „Was passiert in meinem Dorf?“ ist als Grundlage für einen gleichnamigen Vortrag bei der Europaunion Gelnhausen Schlüchtern e.V., gehalten am 14. Februar 2013 in Schlüchtern, entstanden.

### **Schülerzahlen gehen in Hessen bis 2025 um ein Siebtel zurück**

Die Zahl der Schülerinnen und Schüler an den allgemeinbildenden Schulen in Hessen wird bis 2025 aufgrund des demografischen Wandels voraussichtlich bis auf etwa 555 000 absinken. Nach den Ergebnissen der aktuellen Vorausberechnung der Schüler- und Schulentlassenzahlen des Hessischen Statistischen Landesamtes entspricht das einem Rückgang der Schülerzahlen von etwa 93 000 oder 14 Prozent gegenüber dem Schuljahr 2011/12.

Der Rückgang wird alle Bereiche betreffen. Die Zahl der Grundschüler wird weiterhin zurückgehen; die Abnahme wird jedoch nicht mehr so stark sein wie in der Vergangenheit. Im Jahr 2025 werden voraussichtlich etwa 198 000 Kinder eine Grundschule in Hessen besuchen und damit 16 000 oder sieben Prozent weniger als 2011. Die weiterführenden Schulen werden im Jahr 2025 nach der Vorausberechnung von etwa 336 000 Schülerinnen und Schülern besucht. Damit wird der Rückgang hier mit 74 000 bzw. 18 Prozent höher ausfallen. Für die Förderschulen wurde für 2025 eine Schülerzahl von 21 000 vorausberechnet; das entspricht einer Abnahme von rund 3500 oder 14 Prozent.<sup>1</sup>

### **Was passiert mit meinem Dorf?**

#### **Bevölkerung und Daseinsvorsorge**

Der „demografische Wandel“ hat Konjunktur! Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft beschäftigen sich seit geraumer Zeit sporadisch mit DEM demografischen Wandel bzw. mit den verschiedenen Aspekten, die mit dem demografischen Wandel verbunden sind. In jüngerer Zeit erfolgt die Auseinandersetzung im öfter, da die Auswirkungen des demografischen Wandels immer spürbarer werden.

„Demografischer Wandel bezeichnet grundlegende Veränderungen in der Zusammensetzung der Bevölkerung in einer Gesellschaft. Diese ist gekennzeichnet durch eine mehrdimensionale Entwicklung, die in territorial abgegrenzten Gebieten die Zu- oder Abnahme der Bevölkerungszahl, die Veränderung der Altersstruktur der Bevölkerung, die Veränderung der

---

<sup>1</sup> Hessisches Statistisches Landesamt, Pressemitteilung 21/2013 vom 5. Februar 2013

Familienstrukturen, die Veränderung der ethnischen Zusammensetzung sowie eine Veränderung der Bevölkerung in ihrer räumlichen Verteilung beschreibt.“<sup>2</sup>

Die Politik muss zur Kenntnis nehmen, dass mancherorts die Bevölkerung schlicht und ergreifend abhanden gekommen ist oder in den nächsten Jahren abhanden kommen wird. Mit der schwindenden Bevölkerung schwinden auch die Wähler und die Steuerzahler. Die Gemeindefinanzen, ohnehin schon immer defizitär, drohen vollends aus dem Ruder zu laufen.

Die Wirtschaft, die noch vor einigen Jahren bestrebt war, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die älter als 50 Jahre alt waren, in den vorzeitigen Ruhestand zu versetzen, entdeckt nun die Potentiale der älteren Beschäftigten. Der Nachwuchs fehlt und zwar sowohl quantitativ als auch qualitativ.

Die Zivilgesellschaft, die gerne der „öffentlichen Hand“ auf all ihren Ebenen die Verantwortung für die allgemeine und auch persönliche Daseinsvorsorge abverlangte, stellt fest, dass sie in immer stärkerem Maße Eigeninitiative ergreifen muss, gleich welcher Art.

Die Komplexität der mit dem demografischen Wandel verbundenen notwendigen Anpassungsprozesse wird zunächst gerne auf die griffige Formel vom

**„weniger – älter – bunter“**

reduziert. Mit anderen Bildern ausgedrückt:

**Wir werden leere Kinderwagen und volle Pflegeheime haben.**

---

<sup>2</sup> Demografischer Wandel und soziale Infrastruktur - Bericht der von der 87. Arbeits- und Sozialministerkonferenz eingesetzten länderoffenen Arbeitsgruppe, Oktober 2011

## 1. Die Demografie und die demografischen Bestimmungsgrößen

Demografische Entwicklungen sind langfristige Entwicklungen, die sich über Jahrzehnte und Generationen hinweg gestalten.

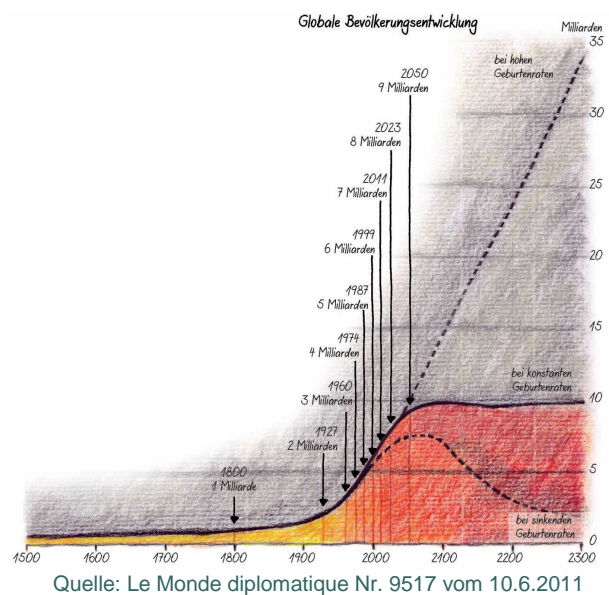
### 1.1. Die Demografie

„Die Demografie, auch Bevölkerungswissenschaft, vereinigt Elemente von Soziologie, Geographie, Medizin und Ökonomie. Sie beinhaltet die wissenschaftliche Untersuchung menschlicher Populationen, analysiert Größe, Zusammensetzung, Verteilungen, Dichte, Wachstum und andere Eigenschaften von Populationen sowie ihre Veränderungen und betrachtet deren Ursachen und Folgen.“<sup>3</sup>

### 1.2. Die demografischen Bestimmungsgrößen

„Bevölkerungsentwicklung als Gesamtprozess ist die Folge des Zusammenwirkens der bestehenden Bevölkerungsstruktur mit drei demografischen Grundprozessen: dem Fertilitäts-, dem Mortalitäts- und dem Wanderungsgeschehen. Einfluss hat zudem der Wandel der Familie. ... Die Bevölkerungsentwicklung umfasst alle Veränderungen der Größe und der Struktur einer Bevölkerung.

Es geht um Fragen von Wachstum und Zusammensetzung einer Population sowie ihrer Verteilung im Raum. Der Aufbau einer Bevölkerung wird neben der Altersstruktur wesentlich durch die Geschlechter- und Bildungsstruktur, die ethnische Zusammensetzung, die Struktur der Haushalts- und Lebensformen sowie die regionale Verteilung der Bevölkerung bestimmt.“<sup>4</sup>



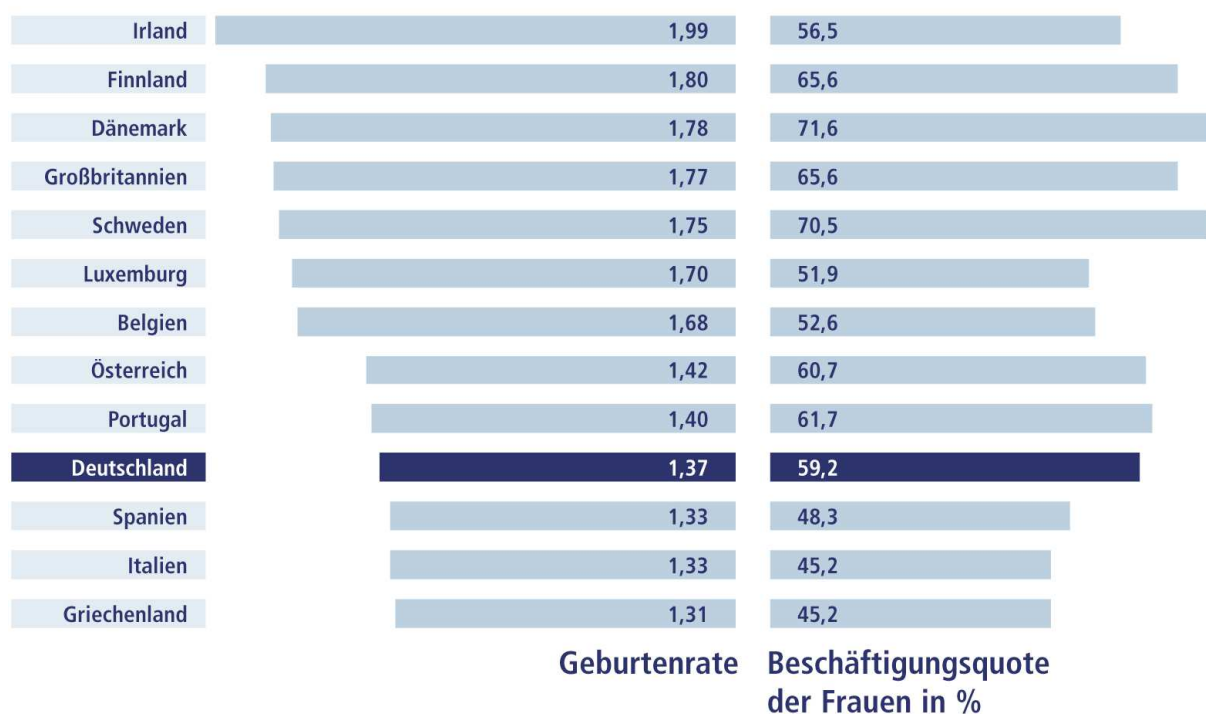
„Die Geburtenrate, die Sterberate bzw. die Lebenserwartung und die Migration sind die bestimmenden Variablen der demografischen Entwicklung. Die Sterberate und die Lebenserwartung sind biologisch determiniert und werden zudem durch den

<sup>3</sup> Quelle: Online-Handbuch Demografie, Berlin-Institut ([www.berlin-institut.org/online-handbuchdemografie/glossar.html](http://www.berlin-institut.org/online-handbuchdemografie/glossar.html))

<sup>4</sup> Schneider, Prof.Dr. Norbert: Bevölkerungsentwicklung und Bevölkerungspolitik, Working Paper Berliner Demografie Forum Januar 2012

Entwicklungsstand der Medizin geprägt. Dagegen beruht die Geburtenrate neben biologischen Voraussetzungen vor allem auf persönlichen Entscheidungen und den sozialen sowie ökonomischen Rahmenbedingungen. Die Geburtenrate ist die wohl wichtigste Determinante für die langfristige Bevölkerungsentwicklung, während die Migration Ansatzpunkt und Stellschraube für eine kurzfristige Bevölkerungspolitik ist.“<sup>5</sup>

## Geburtenrate und Beschäftigungsquote der Frauen in Europa



Quelle: Eurostat 2006

| BertelsmannStiftung

<sup>5</sup> Demografischer Wandel und soziale Infrastruktur - Bericht der von der 87. Arbeits- und Sozialministerkonferenz eingesetzten länderoffenen Arbeitsgruppe, Oktober 2011

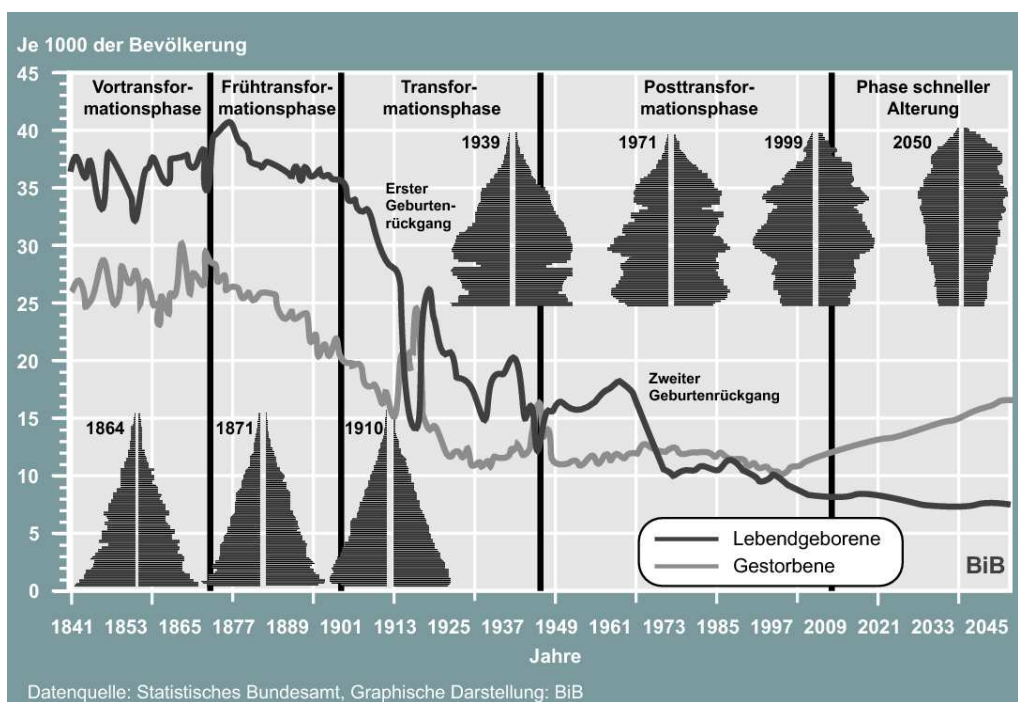


## 2. Die Demografie und ihre vier Phänomene

Es werden vier Phänomene beobachtet: die beiden demografischen Übergänge, das demografisch-ökonomische Paradoxon und das demografische Momentum sowie der demografische Wandel.

### 2.1. Der demografische Übergang

Der erste demografische Übergang findet gegen Ende des 19. Jahrhunderts statt. Die Geburten- und die Sterberate befinden sich auf einem hohen Niveau. Die Folge ist ein hoher Bevölkerungsumsatz und eine entsprechend (rechnerisch) junge Bevölkerung. In der Medizin und in der Hygiene werden Fortschritte erzielt, so dass die Säuglings- und Kindersterblichkeit ebenso zurückgeht wie die Sterblichkeit der Mütter. Die Wohnverhältnisse verbessern sich ebenso wie die Ernährungslage. Die wirtschaftliche Situation im Alter wird durch die Einführung der Rentenversicherung verbessert. Diese Faktoren der Zivilisation führen dazu, dass immer mehr Menschen die Chance auf ein immer längeres und gesünderes Leben haben. Die Notwendigkeit, viele Kinder zur Welt zu bringen, um den Fortbestand der Familie und damit auch die wirtschaftliche Basis und die Altersversorgung zu sichern, geht zurück, so dass in Folge immer weniger Kinder geboren werden. Am Ende einer solchen Entwicklung sind sowohl die Geburten- als auch die Sterberate auf einem niedrigen Niveau. Die niedrigen Geburten- und Sterberaten führen dann zu einer Überalterung der Bevölkerung.



Der zweite demografische Übergang ist durch die gesellschaftlichen Veränderungen der politischen und wirtschaftlichen Lage der 1950er und 1960er Jahre gekennzeichnet. Die Menschen erreichen eine größere gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit und damit ein breiteres Spektrum an Entscheidungsmöglichkeiten. Diese (eigentlich positive) Entwicklung wirkt sich negativ auf die Geburtenzahl aus. Gleichzeitig wirkt sich der technische Fortschritt in der Berufswelt positiv aus; nimmt der Arbeitsschutz beispielsweise zu und Verringern sich die körperlichen Arbeiten. Technischer Fortschritt und Arbeitsschutz begünstigen die Gesunderhaltung insbesondere von Männern, was sich wiederum positiv auf die Lebenserwartung auswirkt.

Mit den demografischen Übergängen ist das demografisch-ökonomische Paradoxon verbunden.

## 2.2. Das demografisch-ökonomische Paradoxon

Als demografisch-ökonomisches Paradoxon oder ökonomisch-demografisches Paradoxon bezeichnen Ökonomie und Bevölkerungswissenschaft den Sachverhalt, dass die Bevölkerung in Industrienationen, in gleicher Weise aber auch der Mittelstand in Entwicklungs- und Schwellenländern, umso weniger Kinder in die Welt setzt, je mehr sie es sich auf Grund des gestiegenen Realeinkommens eigentlich leisten könnte. Die Kernthese lautet, dass die Geburtenrate mit dem Wohlstand eines Volkes abnimmt. Mit dem Begriff demografisch-ökonomisches Paradoxon wird damit die global gültige Beobachtung beschrieben, wonach Gesellschaften umso weniger Kinder bekommen, je wohlhabender, freier und gebildeter sie sind.



Karikatur: Thomas Plassmann

Quelle: [www.bpb.de](http://www.bpb.de)

Die demografischen Übergänge und das demografisch-ökonomische Paradoxon bewirken den demografischen Wandel unserer Tage.

### **2.3. Das demografische Momentum**

„Im Zuge der Entwicklung und Etablierung demografiepolitischer Handlungsstrategien ist zu berücksichtigen, dass die Bevölkerungsentwicklung einem speziellen Trägheitseffekt, dem „demografischen Momentum“ unterliegt, da demografische Handlungsweisen früherer Kohorten <sup>6</sup> die weitere Entwicklung einer Bevölkerung langfristig auch denn beeinflussen, wenn sich das Verhalten jüngerer Kohorten grundlegend verändert hat. So können Bevölkerungen trotz eines Anstiegs der Geburtenrate schrumpfen. Dies kann, jenseits von Wanderungsverlusten, dann geschehen, wenn zahlenmäßig kleine Elterngenerationen, trotz erhöhter Geburtenraten, im Vergleich zu den Großelternkohorten kleinere Kinderkohorten hervorbringen.“ <sup>7</sup>

### **2.4. Der demografische Wandel**

„Eine sinkende oder gleichbleibend niedrige Geburtenzahl und eine steigende Lebenserwartung führen zu einer Alterung der Bevölkerung und zu einem Bevölkerungsrückgang. Das Resultat ist ein unausgewogener Altersaufbau. ...

Durch Zuwanderung und vor allem durch die kontinuierliche Steigerung der Lebensdauer wurde der befürchtete Bevölkerungsrückgang allerdings in die Zukunft geschoben.“ <sup>8</sup>

Die Folgen von Schrumpfung und Alterung werden dagegen erst mit dem Übergang der "Babyboomer," <sup>9</sup> in den Ruhestand in vollem Ausmaß spürbar.

## **Demografischer Wandel = weniger - älter - bunter - alternativer**

---

<sup>6</sup> Unter einer Kohorte versteht man demografisch eine Personengruppe mit einem gemeinsamen zeitbezogenen Charakteristikum, am häufigsten das Geburtsjahr. Beispielweise bilden alle Personen, die im gleichen Jahr geboren wurden, eine Geburts- oder Alterskohorte. Man kann jedoch auch andere zeitliche Gemeinsamkeiten, wie das Jahr der Heirat oder das Jahr des Berufseinstiegs für die Kohortendefinition zugrunde legen. Man spricht dann entsprechend von Heirats- bzw. Berufseintrittskohorten. (Quelle: Online-Handbuch Demografie, Berlin-Institut)

<sup>7</sup> Prof.Dr. Schneider, ebenda

<sup>8</sup> Jochen Pack: Zukunftsreport demografischer Wandel – Innovationsfähigkeit in einer alternden Gesellschaft, Bonn 2000

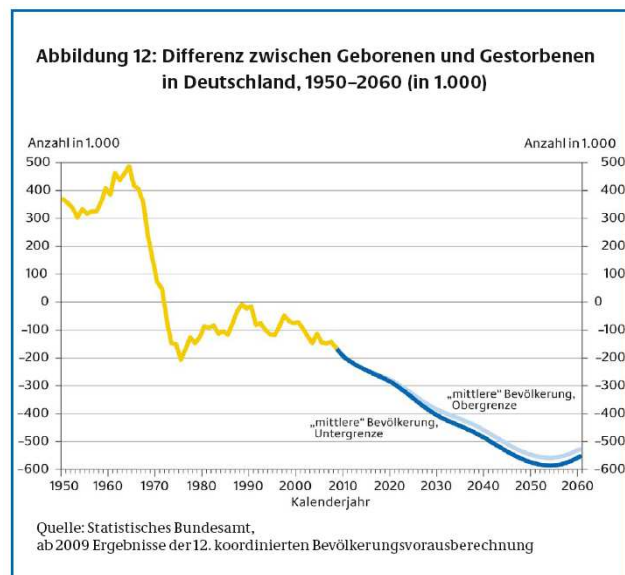
<sup>9</sup> Jahrgänge 1958 bis 1970 – Definition Deutsches Zentrum für Altersfragen 2009

### 3. Demografiebericht der Bundesregierung 2011<sup>10</sup>

#### 3.1. Der demografische Wandel - Fakten

Der demografische Wandel in Deutschland ist neben der Zu- und Abwanderung vor allem durch die kontinuierlich steigende Lebenserwartung und die dauerhaft niedrigen Geburtenzahlen gekennzeichnet. Die Gesamtzahl der in Deutschland lebenden Menschen nimmt dabei ab, da die Zahl der Sterbefälle die der Geburten immer mehr übersteigt. Nach Modellberechnungen des Statistischen Bundesamtes wird die Bevölkerung bis zum Jahr 2060 von derzeit knapp 82 Millionen auf 65 bis 70 Millionen Menschen sinken. Durch die Verschiebung der Altersstruktur wird dabei ein besonders großer Rückgang bei der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter zu verzeichnen sein.

Deutschland gehört seit vielen Jahren zu den Ländern mit geringen Geburtenzahlen. Nach dem sogenannten Babyboom bis Mitte der 1960er Jahre sind die durchschnittlichen Geburtenzahlen kontinuierlich gesunken. Seit Mitte der 1970er Jahre befindet sich die Geburtenrate in Deutschland auf einem anhaltend niedrigen Niveau von durchschnittlich rund 1,4 Kindern je Frau. Vor allem unter Hochqualifizierten sind heute viele Frauen kinderlos.



Durch die steigende Lebenserwartung wird der Anteil älterer Menschen an der Bevölkerung immer größer. Die gegenwärtige Lebenserwartung Neugeborener liegt für Jungen bei 77,5 und für Mädchen bei 82,6 Jahren. Modellrechnungen zufolge steigt sie bis zum Jahre 2060 für Jungen auf 85 und für Mädchen auf 89,2 Jahre. Dabei werden die Menschen nicht nur immer älter, sondern bleiben auch immer länger gesund, weil der Alterungsprozess später im Leben einsetzt. So wächst die Anzahl der Lebensjahre, welche die Menschen in Gesundheit verbringen, stetig. Besonders die Überlebenschancen der über 50-Jährigen nehmen zu.

<sup>10</sup> Zusammenfassung des Demografieberichts der Bundesregierung, herausgegeben vom Bundesministerium des Innern, Stand: Oktober 2011

Die demografische Entwicklung verläuft innerhalb Deutschlands regional sehr unterschiedlich. In vielen ostdeutschen und hier insbesondere in den ländlichen Regionen ist eine starke Abwanderung, vor allem von jungen Erwachsenen, zu verzeichnen. Dadurch wächst hier der prozentuale Anteil älterer Menschen besonders schnell, während die Gesamtzahl der Bevölkerung rapide sinkt.

Der demografische Wandel wird vielfältige Auswirkungen auf nahezu alle Lebensbereiche haben. Besonders gravierend werden die Folgen für Wirtschaft und Arbeit sowie für das Gesundheitssystem sein. Hier ergeben sich zahlreiche Herausforderungen, denen schon heute mit verschiedenen Maßnahmen zu begegnen versucht wird.

# Demografiebericht



Bericht der Bundesregierung zur demografischen Lage und künftigen Entwicklung des Landes

## 3.2. Ältere Menschen im Erwerbsleben

Eine prosperierende Wirtschaft hängt zum großen Teil davon ab, dass eine ausreichende Anzahl von gut qualifizierten und leistungsbereiten Arbeitskräften zur Verfügung steht. Wenn jedoch, wie es durch den demografischen Wandel der Fall sein wird, die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter abnimmt, stellt sich die Frage, wie dies noch gewährleistet werden kann. Hierzu sind verschiedene Strategien zur Kompensation möglich. Neben Investitionen in eine bessere Bildung, eine Erhöhung des technischen und medizinischen Fortschritts durch Forschung und Innovation und der Schaffung günstiger Rahmenbedingungen für einen wirtschaftlichen Strukturwandel wird hier vor allem eine bessere Ausschöpfung des

Arbeitsmarktpotenzials eine große Rolle spielen. In Deutschland gibt es mehrere Personengruppen, deren Möglichkeiten, am Arbeitsleben teilzuhaben, besser als bisher genutzt werden können. Hierzu gehören insbesondere Frauen, Ältere, Behinderte und Erwerbslose.

Um Erwerbslose (wieder) in das Arbeitsleben einzugliedern, ist vor allem eine gezielte Weiterbildung notwendig, während es für Frauen sehr oft um eine Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf geht. Ältere und auch behinderte Menschen bringen häufig die nötige Qualifikation und Zeit mit. Hier bedarf es vor allem eines grundlegenden Wandels in der Bewertung ihrer Arbeitskraft.

Die häufig vertretene These, dass ältere Menschen im Arbeitsalltag weniger leistungsfähig und produktiv sind als jüngere, ist nicht haltbar. Allerdings weisen Ältere andere Stärken bzw. Schwächen auf als Jüngere. Hier gilt es, eine Arbeitsorganisation zu finden, welche die unterschiedlichen Fähigkeiten von älteren und jüngeren Beschäftigten so verbindet, dass sie sich gegenseitig ergänzen bzw. kompensieren. Produktivität hängt also entscheidend von einer altersspezifischen Arbeitsteilung und -organisation ab.

Von der Bundesregierung wurde bereits 2002 die Initiative „Neue Qualität der Arbeit“ (INQA) gegründet, welche neben der Gesundheitsförderung am Arbeitsplatz die bedarfsgerechte Arbeitszeitgestaltung und eine Weiterbildung auch für ältere Arbeitnehmer unterstützt. Zudem wurde 2006 die „Perspektive 50plus“ auf den Weg gebracht, die Maßnahmen zur Verbesserung der Beschäftigungssituation für ältere Menschen fördern soll.

### **3.3. Nachfragesteigerung**

Ältere Menschen können nicht nur zur Erhöhung der Arbeitskraft in Deutschland beitragen, sondern auch die Nachfrage in einigen Branchen ankurbeln. Die Generation 50 plus gewinnt als Wirtschaftsfaktor immer mehr an Bedeutung, weil sie heute kaufkräftiger, konsumfreudiger und aufgeschlossener ist als früher. Zudem werden alle Produkte und Leistungen, die vor allem für ältere Menschen von Bedeutung sind, durch den demografischen Wandel verstärkt nachgefragt werden. So werden technische Lösungen, die ein selbstbestimmtes Leben im eigenen Haushalt auch im Alter ermöglichen, von immer größerem Interesse sein. In anderen Bereichen, wie z. B. der Verkehrs- oder der Tourismusbranche, können all diejenigen profitieren, die sich rechtzeitig auf die Wünsche älterer Kunden einstellen. Und natürlich wird die Nachfrage nach Pflege- und Gesundheitsdienstleistungen und damit auch der Arbeitskräftebedarf in Heil- und Pflegeberufen steigen.

### 3.4. Herausforderungen für das Gesundheitssystem

Auch wenn die Menschen immer länger gesund bleiben, erkranken ältere Menschen im Durchschnitt häufiger und schwerer als Jüngere. Ob die steigende Lebenserwartung aber deswegen auch zu einem starken Anstieg der Behandlungskosten führen wird, ist umstritten, denn es könnte auch durchaus sein, dass sich der überwiegende Teil der Behandlungskosten nur zeitlich nach hinten verschiebt. Für beide Theorien liegen Studien vor. Dennoch geht man im



Allgemeinen von ansteigenden Kosten im Gesundheitssektor aus, zumal im Alter die teuren chronischen Erkrankungen und die Komorbidität zunehmen. Auch wird die Entwicklung der Gesundheitsausgaben nicht nur durch die steigende Lebenserwartung, sondern maßgeblich auch durch den medizinisch-technischen Fortschritt bestimmt. Er führt dazu, dass die Gesundheitsversorgung in Deutschland immer besser, aber auch immer teurer wird.

Für die gesetzlichen Krankenkassen verändert sich dabei nicht nur die Ausgabenseite, sondern auch die Einnahmenseite, da die Einkünfte von Menschen im Ruhestand im Allgemeinen niedriger sind als während des Erwerbslebens und somit die einkommensbezogenen Beiträge sinken. Bisher hat die Bundesregierung auf diese Herausforderungen mit dem Beschluss eines einkommensunabhängigen Zusatzbeitrages sowie mit einer Neuordnung in der Arzneimittelversorgung, die insbesondere eine Nutzenbewertung für neue Wirkstoffe vorsieht, reagiert.

Auch die Anforderungen an die Behandlungsangebote und die pflegerische Versorgung ändern sich. Die Prävention altersspezifischer Erkrankungen sowie deren Rehabilitation werden eine immer größere Rolle spielen. Des Weiteren sind eine bessere Koordinierung und Integration der einzelnen medizinischen und pflegerischen Angebote erforderlich. Bei einer integrierten Versorgung arbeiten Ärzte, Krankenhäuser, Vorsorge- und Rehakliniken sowie Pflegeeinrichtungen zusammen, so dass z. B. teure Mehrfachuntersuchungen vermieden werden, die Liegezeiten in den Krankenhäusern verkürzt werden und ein nahtloser Übergang

von der Krankenhausbehandlung in die ambulante Versorgung, zur Rehabilitation oder zur Pflege gewährleistet wird

Da von einer wachsenden Anzahl pflegebedürftiger Menschen auszugehen ist, wird eines der Ziele sein, dass ältere Patienten durch eine spezifische Rehabilitation so lange wie möglich ihre Selbständigkeit erhalten. Es sind auch immer weniger Menschen, die auf die Unterstützung von nahen Angehörigen zurückgreifen können, weil sie keine Kinder haben, die Kinder berufstätig sind oder zu weit entfernt wohnen. Hier können z. B. andere Lebensformen wie Mehrgenerationenhäuser eine sinnvolle Alternative sein. Diese kommen nicht nur älteren Menschen, sondern auch Familien mit Kindern zugute. Der Bund unterstützt die Einrichtung von Mehrgenerationenhäusern, in denen mittlerweile bundesweit schon über 20.000 Freiwillige Helfer zum Einsatz kommen. Fast die Hälfte der Mehrgenerationenhäuser bietet dabei Betreuungsangebote speziell für Menschen mit einer Demenzerkrankung an.

Um die Kosten der stationären Pflege zu begrenzen, versucht die Bundesregierung auch, die häusliche Pflege durch Angehörige zu unterstützen, z. B. mit der staatlich geförderten Familienpflegezeit, durch die pflegende Angehörige bis zu zwei Jahre lang mit reduzierter Stundenzahl weiterarbeiten können, während eine staatliche Aufstockung dafür sorgt, dass sich die finanziellen Einbußen dabei in Grenzen halten.

Während die Nachfrage nach Gesundheitsdienstleistungen steigt, gibt es einen Rückgang im Arbeitskräftepotential. Wenn keine Maßnahmen zur Förderung der Gesundheitsberufe ergriffen werden, sind Personalengpässe zu erwarten. Teilweise, insbesondere in bestimmten ländlichen Regionen, ist jetzt schon ein Personalmangel in der ärztlichen Versorgung zu verzeichnen. Hier bemüht man sich auf staatlicher Seite, für Ärzte Anreize zu schaffen, sich niederzulassen.

Für die Sicherstellung der medizinischen Versorgung der Menschen in strukturschwachen ländlichen Räumen müssen aber auch neue Konzepte entwickelt werden. Eine Möglichkeit ist die Einrichtung von Ärztezentren, in denen Ärzte verschiedener Fachrichtungen wechselweise Sprechstunden abhalten. Aber auch die Telemedizin wird eine Rolle spielen. Die Bundesregierung unterstützt die Gesundheitsregion FONTANE in Nordbrandenburg, die telemedizinische Versorgungskonzepte entwickelt und in der Modellregion erprobt.

Eine weitere wichtige Voraussetzung für eine qualitativ hochwertige Versorgung gerade älterer Menschen ist die Intensivierung der Erforschung altersbedingter Erkrankungen. Mit dem „Rahmenprogramm Gesundheitsforschung“ der Bundesregierung von 2008 wird unter



anderem die Einrichtung von Zentren unterstützt, in denen die universitäre und außeruniversitäre Forschung zu bedeutsamen Volkskrankheiten gebündelt werden. Das 2009 gegründete „Deutsche Zentrum für Neurodegenerative Erkrankungen“ (DZNE) soll übergreifende Forschung zu altersbedingten neurodegenerativen Erkrankungen unter einem Dach vereinen. Parallel dazu wurde das Deutsche Zentrum für Diabetesforschung errichtet. Weitere Zentren der Deutschen Gesundheitsforschung haben 2012 ihre Arbeit aufgenommen.



### 3.5. Ausblick: Der demografische Wandel als Chance

Der demografische Wandel bringt vielfältige Herausforderungen mit sich, aber auch viele Chancen. Durch gezielte Weiterbildung und Qualifikation und durch eine Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf eröffnet sich besonders Frauen und bisher Erwerbslosen die Möglichkeit, wieder ins Erwerbsleben einzusteigen. Ältere Menschen können durch verbesserte Lebensbedingungen und gute medizinische Versorgung heute mit einem längeren und vor allem länger gesunden Leben rechnen. Dadurch ist es ihnen möglich, länger am Erwerbs- und Gesellschaftsleben teilzuhaben. Auch für die wirtschaftliche Entwicklung ergeben sich Chancen. So wird die Nachfrage nach Gesundheitsdienstleistungen steigen, die Gesundheitsbranche kann sich als Jobmotor erweisen, und auch andere Branchen können den demografischen Wandel für sich nutzen, wenn sie sich auf die Bedürfnisse älterer Menschen einstellen. Zudem hat Deutschland, das vom Geburtenrückgang und damit von der Alterung der Bevölkerung stärker als andere OECD-Länder betroffen ist, die Möglichkeit, sich jetzt durch gezielte Forschung eine internationale Vorreiterrolle im Bereich von Gesundheitsdienstleistungen und technischen Innovationen für Ältere zu sichern.

#### 4. Die Demografie und der öffentliche und mediale Diskurs

Der öffentliche und mediale Diskurs wird sehr unterschiedlich geführt. Angesichts dieser Erkenntnisse, überkommt vielleicht so manchen ein Gefühl von „Grusel und Horror“. Die Gesellschaft spaltet sich in Lager. Die einen befürchten den „Krieg der Generationen“, die anderen setzen auf die „Solidarität der Generationen“. Medial werden wir einmal mit dem „Aufstand der Alten“ und ein anderes Mal mit dem „Aufstand der Jungen“ konfrontiert, so die Titel von mehrteiligen „Doku-Fictionen“ des Zweiten Deutschen Fernsehens aus den Jahren 2008 und 2011.



Auch mag man einen Belastungsdiskurs oder auch einen Produktivitätsdiskurs führen. In einem Artikel mit der Überschrift „Produktivität kann Demografie-Wandel kompensieren“<sup>11</sup> führt Prof. Gerd Bosbach im April 2008 aus, dass die Steigerung der zu erwartenden Belastung aufgrund der sinkenden Geburtenzahlen und der Zunahme der immer älter werdenden Bevölkerung 39 Prozent betrage.

Hingegen hätten von der Bundesregierung beauftragte Kommissionen die Steigerung der Produktivität in den kommenden Jahren untersucht und die Ergebnisse lägen weit über der zu erwartenden Belastung. Die Herzog-Kommission sieht eine Steigerung der Produktivität um 86 Prozent und die Rürup-Kommission rechnet gar mit einer Steigerung um 144 Prozent.

<sup>11</sup> Quelle: 3sat.online-Artikel

Angesichts solcher Aussichten rät Bosbach zur Entspannung. Die Bewältigung der Auswirkungen des demografischen Wandels ist hier eine Frage der Verteilung der Produktivitätszuwächse und der damit verbundenen Gewinne und Überschüsse.

Auch die Debatte um das „demografisch geeignete“ Renteneintrittsalter kommt nicht zur Ruhe. Meldungen, wie vor einiger Zeit aus Dänemark befeuern die Auseinandersetzungen. In Dänemark beabsichtigt die Regierung – laut einem Bericht der Süddeutschen Zeitung vom 26. Januar 2011<sup>12</sup> - das Renteneintrittsalter auf 74 Jahre anzuheben. Die dänische Regierung will den Eintritt ins Rentenalter von der Entwicklung der durchschnittlichen Lebenserwartung abhängig machen.

Die zunehmende Zahl der älteren Menschen macht der Politik Angst. Auf weltonline erschien am 14. September 2010 ein Artikel zur geplanten Mehrwertsteuerreform unter dem Titel: „Schäubles Angst vor den rüstigen Rentnern“<sup>13</sup>. Die Wochenzeitung Die Zeit stellt ebenso fest: „Die Politik kapituliert vor der Demografie“<sup>14</sup>.

Angesichts derartiger Meldungen und Auseinandersetzungen ist es durchaus möglich, dass mancher in Politik, Wirtschaft oder Zivilgesellschaft den Mut verlieren kann. Jedoch gilt auch hier, was Brecht einmal gesagt hat: „Wer nicht kämpft, hat schon verloren.“

In einem „Demografie Spezial“ der Deutschen Bank aus dem Jahr 2002 finden wir drei sachliche Vokabeln: „Reformen“, „Entschlossenheit“ und „Antworten“. Es wird „... möglich sein, die erforderlichen Reformen mit der notwendigen Entschlossenheit anzugehen und sachliche Antworten auf die demografischen Herausforderungen zu finden.“<sup>15</sup>

---

<sup>12</sup> Radikale Reform in Dänemark: Rente – mit 74; sueddeutsche.de vom 26.1.2011

<sup>13</sup> Mehrwertsteuer: Schäubles Angst vor den rüstigen Rentnern, weltonline vom 14.9.2010

<sup>14</sup> Demografie: Der Kinderschwund macht sprachlos, zeitonline vom 17.11.2010

<sup>15</sup> Die demografische Herausforderung | Demografie Spezial | Deutsche Bank Research – Juli 2002

## 5. Die Demografie und die „harten“ Fakten

### 5.1. Europa

Am 1. Januar 2011 wurde die Bevölkerung der EU27 auf 502,5 Millionen geschätzt, verglichen mit 501,1 Millionen am 1. Januar 2010. Die Bevölkerung der EU27 wuchs um 1,4 Millionen im Jahr 2010, dies entspricht einer jährlichen Rate von +2,7 je 1000 Einwohner, bedingt durch ein natürliches Wachstum von 0,5 Millionen (+1,0‰) und einen Wanderungssaldo von 0,9 Millionen (+1,7‰).

Die Bevölkerung des Euroraums (ER17) wurde am 1. Januar 2011 auf 332,0 Millionen geschätzt, verglichen mit 330,9 Millionen am 1. Januar 2010. Die Bevölkerung des Euroraums wuchs um 1,0 Millionen im Jahr 2010, dies entspricht einer jährlichen Rate von +3,1‰, bedingt durch ein natürliches Wachstum von 0,3 Millionen (+1,0‰) und einen Wanderungssaldo von 0,7 Millionen (+2,1‰).

Im Jahr 2010 wurden in der EU27 5,4 Millionen Kinder geboren. Ebenso wie im Jahr 2009 betrug die Bruttogeburtenziffer 10,7 je 1000 Einwohner. Die höchsten Geburtenziffern wurden in Irland (16,5‰), dem Vereinigten Königreich (13,0‰), Frankreich (12,8‰), Zypern (12,4‰) und Schweden (12,3‰) verzeichnet und die niedrigsten Ziffern in Deutschland (8,3‰), Lettland (8,6‰), Ungarn (9,0‰), Italien (9,3‰), Österreich (9,4‰), Portugal (9,5‰) und Malta (9,6‰).

Im Jahr 2010 wurden in der EU27 4,8 Millionen Sterbefälle registriert. Die Bruttosterbeziffer betrug 9,7 Todesfälle je 1000 Einwohner, unverändert verglichen mit dem Jahr 2009. Die höchsten Sterbeziffern wurden in Bulgarien (14,6‰), Lettland (13,4‰), Ungarn (13,0‰), Litauen (12,8‰) und Rumänien (12,1‰) registriert und die niedrigsten Ziffern in Irland (6,2‰), Zypern (6,7‰), Malta (7,2‰) und Luxemburg (7,4‰).

Somit wurde das größte natürliche Bevölkerungswachstum (die Differenz zwischen Lebendgeburten und Sterbefällen je 1000 Einwohner) in Irland (+10,3‰) verzeichnet, deutlich vor Zypern (+5,7‰), Frankreich (+4,4‰), Luxemburg (+4,2‰) und dem Vereinigten Königreich (+3,9‰). Acht Mitgliedstaaten wiesen ein negatives natürliches Wachstum auf, mit den größten Rückgängen in Lettland (-4,8‰), Bulgarien (-4,6‰), Ungarn (-4,0‰), Deutschland und Rumänien (je -2,2‰).

Im Jahr 2010 waren mehr als 60% des Wachstums der EU27 Bevölkerung auf internationale Wanderungsströme zurückzuführen. Relativ gesehen hatten Luxemburg (+15,1‰), Malta (+5,4‰), Schweden (+5,3‰), Italien (+5,2‰) und Belgien (+5,1‰) die höchsten

Nettoeinwanderungsströme, während Litauen (-23,7%) und Irland (-7,5%) die höchsten Nettoabwanderungsströme verzeichneten.

Abschließend ist festzuhalten, dass die Bevölkerung in zwanzig Mitgliedstaaten angestiegen ist und sich in sieben verringert hat, mit beträchtlichen Unterschieden zwischen den Mitgliedstaaten. Die höchsten relativen Wachstümer wurden in Luxemburg (+19,3%), Schweden (+8,0%), Malta (+7,8%), Belgien (+7,2%) und im Vereinigten Königreich (+6,6%) beobachtet und die größten Rückgänge in Litauen (-25,7%), Lettland (-8,4%) und Bulgarien (-7,8%).

## ■ Altersstruktur

Anteile der Altersgruppen in Prozent, Bevölkerungsstand in absoluten Zahlen, 1960 bis 2050



Nach Angaben von Eurostat ist der Anteil der 15- bis unter 65-Jährigen an der Gesamtbevölkerung der EU-27 zwischen 1985 und 2010 stabil geblieben (66,5 bzw. 67,0 Prozent). Allerdings wird sich der Anteil bis zum Jahr 2050 um 10 Prozentpunkte auf 57,0 Prozent reduzieren. Zudem haben bezogen auf die jüngere und die ältere Altersgruppe schon früher Veränderungen eingesetzt: Der Anteil der unter 15-Jährigen an der Gesamtbevölkerung der EU-27 sank zwischen 1985 und 2010 von 20,7 auf 15,6 Prozent und wird bis 2050 weiter auf 14,3 Prozent abnehmen. Auf der anderen Seite wird im Jahr 2050 deutlich mehr als jede vierte Person 65 Jahre oder älter sein (28,6 Prozent). 2010 galt dies nur für jede sechste, 1985

sogar nur für jede achte Person (17,4 bzw. 12,8 Prozent). Parallel erhöhte sich der Anteil der 80-Jährigen und Älteren von 2,6 Prozent 1985 auf 4,7 Prozent 2010 und wird weiter auf 11,0 Prozent im Jahr 2050 steigen – das heißt, dass 2050 jede neunte Person 80 Jahre oder älter sein wird.

In abgemilderter Form gibt es diese Entwicklung auch in den USA. Hier reduzierte sich der Anteil der unter 15-Jährigen an der Gesamtbevölkerung von 21,8 Prozent 1985 auf 20,1 Prozent 2010 und bis 2050 wird er auf 18,8 Prozent abnehmen (1960 gehörte mit 30,8 Prozent noch fast jede dritte Person in den USA zu der Gruppe der unter 15-Jährigen). Wie in der EU hat sich der Anteil der 65-Jährigen und Älteren stetig erhöht: zunächst von 9,2 Prozent 1960 auf 11,9 Prozent 1985 und dann weiter auf 13,1 Prozent im Jahr 2010. Für die Zukunft nimmt das Department of Economic and Social Affairs (UN/DESA) eine Steigerung des Anteils auf 21,2 Prozent bis zum Jahr 2050 an. Damit wird 2050 mehr als jede fünfte Person in den USA 65 Jahre oder älter sein. Mehr als jeder Dreizehnte wird dabei sogar 80 Jahre oder älter sein.

Auch wenn die Entwicklung der Altersstruktur in China grundsätzlich ähnlich verläuft wie die Entwicklung in der EU bzw. den USA, sind die Veränderungen noch sehr viel ausgeprägter: 1960 gehörten 39,6 Prozent der Bevölkerung zur Gruppe der unter 15-Jährigen, nur jeder Fünfundzwanzigste war 65 Jahre oder älter (4,0 Prozent) und die 80-Jährigen oder Älteren spielten mit 0,2 Prozent eine zu vernachlässigende Rolle. Bis 2010 halbierte sich der Anteil, den die unter 15-Jährigen an der Gesamtbevölkerung haben, auf 19,5 Prozent und er wird laut UN/DESA bis 2050 weiter auf 13,5 Prozent sinken. Der Anteil der 65-Jährigen und Älteren an der Gesamtbevölkerung verdoppelte sich hingegen zwischen 1960 und 2010 auf 8,2 Prozent und bis 2050 wird nochmals eine Verdreifachung auf 25,6 Prozent prognostiziert – dabei wird jede dreizehnte Person 80-Jahre oder älter sein (7,6 Prozent).

## **5.2. Deutschland**

Die „harten“ Fakten wurden uns Ende 2009 vom Statistischen Bundesamt mit der 12.koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung<sup>16</sup> vorgelegt. Die zentralen Aussagen: Die Bevölkerungszahl wird von heute 82 Millionen auf 65 bis 70 Millionen im Jahr 2060 zurückgehen. 2060 werden über 500 000 mehr Menschen sterben, als Kinder geboren werden. 2060 wird es fast so viele 80-Jährige und Ältere geben wie unter 20-Jährige. 65 Jahre oder älter ist heute jeder Fünfte, 2060 wird es jeder Dritte sein. Die Bevölkerung im Erwerbsalter wird

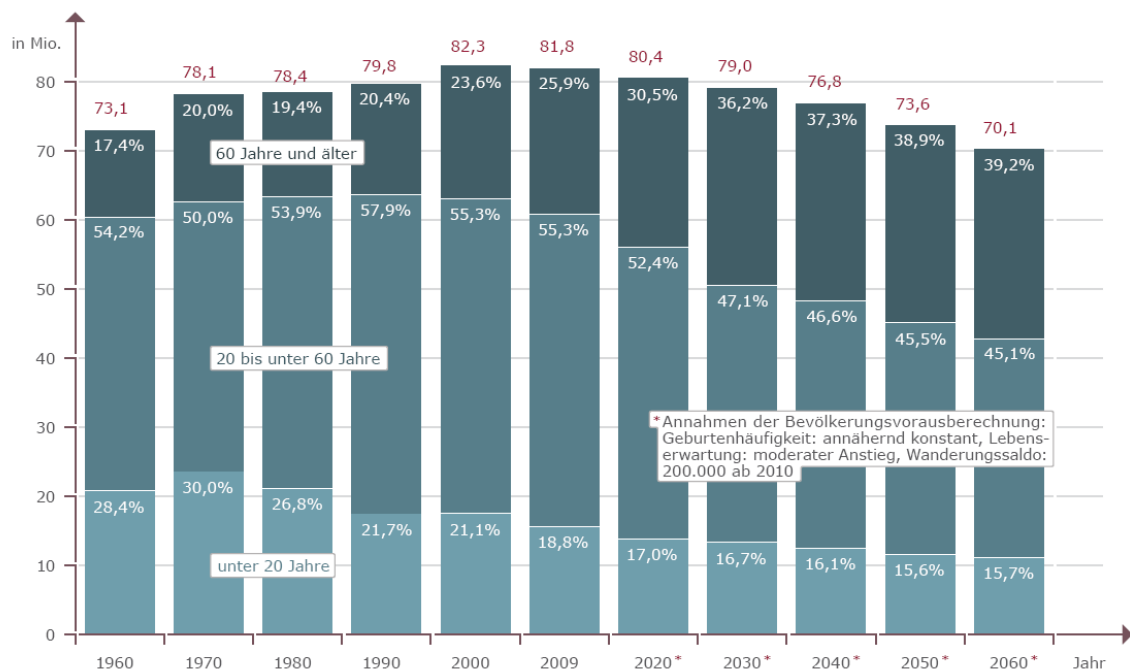
---

<sup>16</sup> Statistisches Bundesamt, Wiesbaden: Bevölkerung Deutschlands bis 2060 – 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, [www.destatis.de](http://www.destatis.de), Wiesbaden 2009

besonders rapide im kommenden Jahrzehnt altern: Von den 20- bis 64-Jährigen insgesamt werden um das Jahr 2020 40% zwischen 50 und 64 Jahre alt sein. Die Bevölkerung im Erwerbsalter von 20 bis 64 Jahren wird von heute 50 Millionen auf 33 bis 36 Millionen im Jahr 2060 zurückgehen. 2060 werden etwa doppelt so viele Personen im Rentenalter auf 100 Personen im Erwerbsalter entfallen wie heute.

## ■ Bevölkerungsentwicklung und Altersstruktur

Bevölkerung in absoluten Zahlen, Anteile der Altersgruppen in Prozent, 1960 bis 2060, Stand: Ende 2010



Quelle: Zahlen und Fakten: Europa | Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn © 2011/2012

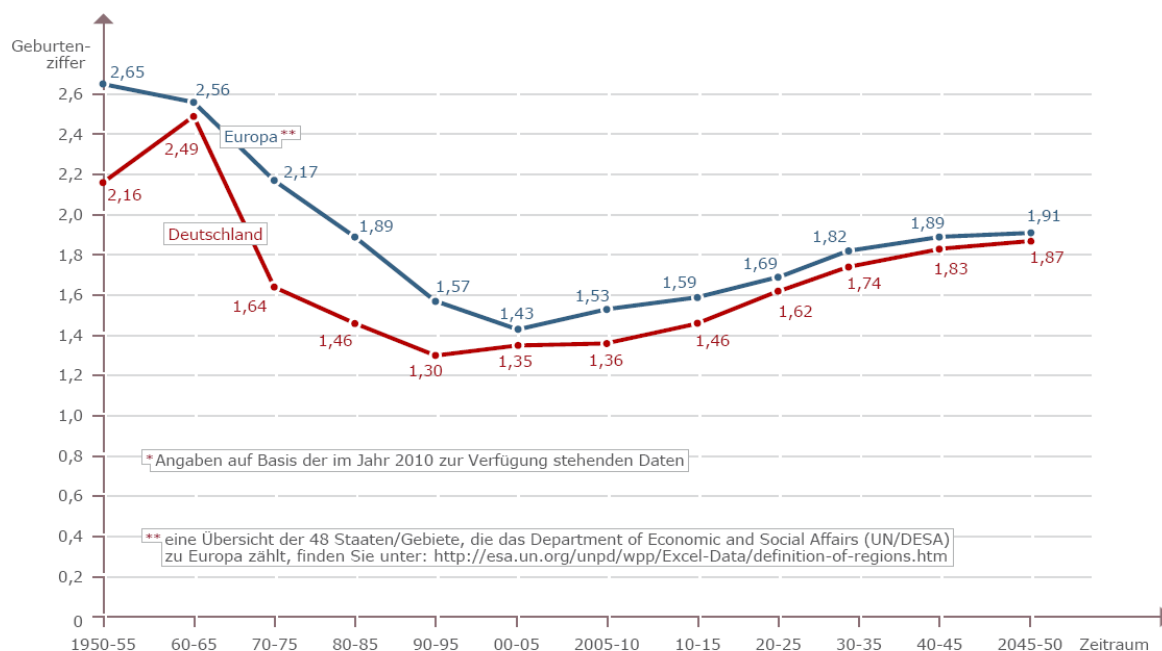
Die Grafik „Bevölkerungsentwicklung und Altersstruktur“ der Bundeszentrale für politische Bildung zeigt, dass in den Jahren 2050 / 2060 in etwa wieder der Bevölkerungsstand erreicht sein wird wie im Jahr 1960. Der Unterschied besteht in der relativen Verteilung von Jung und Alt zu Erwerbsfähigen. Im Jahr 1960 befanden sich etwa 55 Prozent der Menschen im erwerbsfähigen Alter und ca. 45 % der Bevölkerung war „jung“ und „alt“ und bedurfte der entsprechenden Unterstützungen. Dieses Verhältnis wird sich in den 100 Jahren verkehren. Im Jahr 2055 werden „nur“ noch 45% der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter sein und 55% sind dann „jung“ und „alt“ und müssen in welcher Weise auch immer, alimentiert werden.

Im selben Zeitraum wächst die Relation „jung“ und „alt“ zu erwerbsfähig in Europa von 50 (jung und alt) zu 100 (erwerbsfähig) auf 80 zu 100 an.



## Geburtenziffer

Europa und Deutschland, 1950 bis 2050\*



Ein Blick auf die Geburtenziffer<sup>17</sup> in Deutschland zum Vergleich zur europäischen Geburtenziffer zeigt, dass Deutschland mit einer Geburtenziffer von 1,36 im Zeitraum 2005 bis 2010 unter dem europäischen Wert von 1,53 liegt. Bis zu den Jahren 2045 bis 2050, so die Darstellung der Bundeszentrale für politische Bildung, wird die Geburtenziffer in Europa auf 1,91 und in Deutschland auf 1,87 ansteigen. Mit einer Geburtenziffer von 1,91 europaweit wird dann fast die bestandserhaltende Zahl von 2,1 erreicht.

### 5.2. Hessen

In Hessen lebten Ende des Jahres 2008 über 6 Millionen Menschen. Diese Zahl wird in den kommenden Jahren zurückgehen. Im Jahr 2060 werden dann, so die Vorhersage des Hessischen Statistischen Landesamtes, weniger als 5 Millionen Menschen in Hessen wohnen. Jedoch wird nicht nur die Zahl der Hessen zurückgehen, auch die Struktur wird sich verändern. Die Zahl der Kinder unter 6 Jahren wird um 1/3 geringer sein; die Zahl der Menschen über 80 Jahre wird sich mehr als verdoppelt haben. Bereits in ca. 10 Jahren wird diese Altersgruppe um ein Drittel von rund 307 Tsd. auf 425 Tsd. angewachsen sein.

Aus der nachfolgenden Tabelle ist gut zu erkennen, dass die Altersgruppe der 65- bis unter 80-jährigen in den 20er Jahren dieses Jahrhunderts anwachsen und im 4. Jahrzehnt auch wieder

<sup>17</sup> Zahlen und Fakten: Europa | Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn © 2011/2012



fallen wird. Dieses Anwachsen und Fallen in dieser Altersgruppe wird durch die Alterung der so genannten „geburtstarken“ Jahrgänge, auch Babyboomer genannt, verursacht. Es handelt sich um die von ca. Mitte der 1950er bis Ende der 1960er Jahre geborenen Jahrgänge.

**Bevölkerungsentwicklung in Hessen** nach Altersgruppen in den Jahren 2008 - 2060

Jahr	Insgesamt	davon				
		unter 6	6 bis unter 20	20 bis unter 65	65 bis unter 80	80 oder älter
in 1000						
2008	6.065,0	316,9	858,0	3.687,9	894,9	307,2
2010	6.037,0	309,1	831,3	3.689,7	889,8	317,1
2015	5.995,9	299,8	782,5	3.636,9	927,6	349,2
2020	5.946,3	300,8	734,6	3.565,1	920,2	425,6
2025	5.881,2	295,4	714,5	3.429,3	1.002,6	439,4
2030	5.796,6	280,3	703,8	3.237,5	1.111,2	463,8
2035	5.691,7	262,9	686,9	3.051,6	1.187,7	502,6
2040	5.567,2	247,2	657,2	2.947,6	1.146,6	568,6
2045	5.421,7	237,2	619,8	2.848,1	1.059,0	657,5
2050	5.258,6	232,6	586,2	2.740,9	988,4	710,4
2055	5.085,9	229,0	562,9	2.625,1	981,3	687,5
2060	4.916,1	222,4	549,3	2.513,7	966,6	664,1

Die HessenAgentur hat im Jahr 2010 eine „Bevölkerungsvorausschätzung für die hessischen Landkreise und kreisfreien Städte - Eine Projektion für den Zeitraum von 2010 bis 2030 und eine Trendfortschreibung bis 2050“ vorgelegt. Darin wird ebenfalls eine Bevölkerungsabnahme für Hessen berechnet. Der Regierungsbezirk Kassel verliert dabei am ehesten und am deutlichsten an Bevölkerung während der Regierungsbezirk Darmstadt in den kommenden Jahren noch leichte Wanderungsgewinne verzeichnen kann und ab ca. 2030 mit einem moderaten Bevölkerungsrückgang zu rechnen hat.

### 5.3. Main-Kinzig-Kreis

Die Bevölkerung des Main-Kinzig-Kreises wird den Berechnungen der HessenAgentur zu Folge von 407.000 Einwohnern im Jahr 2009 auf 376.000 im Jahr 2050 zurück gehen. Das ist ein Rückgang um 8 Prozent. In der Altersgruppe der 0- bis unter 20-jährigen beträgt der Rückgang 28 und in der Altergruppe der 20- bis unter 65-jährigen 20 Prozent. In der Altersgruppe 65 Jahre und älter steigt der Personenkreis um 48 Prozent an von 8.200 Einwohnern im Jahr 2009 auf 122.000 Einwohner im Jahr 2050.

In der nachfolgenden Tabelle der HessenAgentur ist die Altersstruktur und deren Veränderung dargestellt.

## Altersstruktur der Bevölkerung im Regionalvergleich

(Anteilswerte in %)

Jahres- ende	unter 20 Jahre			20 bis u. 40 Jahre			40 bis u. 60 Jahre			60 bis u. 80 Jahre			80 Jahre u.ä.		
	Kreis	RB DA	Hessen	Kreis	RB DA	Hessen	Kreis	RB DA	Hessen	Kreis	RB DA	Hessen	Kreis	RB DA	Hessen
2000	21	20	21	28	30	29	28	28	27	19	19	19	3	4	4
2009	20	19	19	23	25	24	31	31	31	21	20	20	5	5	5
2020	17	18	17	23	25	24	29	29	29	23	22	22	7	7	7
2030	17	17	17	22	23	23	25	25	25	28	26	27	8	8	8
2040	16	17	17	20	22	21	26	26	26	27	25	26	11	10	10
2050	15	16	16	20	22	22	25	25	25	25	23	24	15	13	14

## Relative Bestandsveränderungen nach Altersgruppen im Regionalvergleich

(Veränderungsraten in %)

Zeit- raum	unter 20 Jahre			20 bis u. 40 Jahre			40 bis u. 60 Jahre			60 bis u. 80 Jahre			80 Jahre u.ä.		
	Kreis	RB DA	Hessen	Kreis	RB DA	Hessen	Kreis	RB DA	Hessen	Kreis	RB DA	Hessen	Kreis	RB DA	Hessen
2000 - 2009	-8	-3	-7	-18	-15	-17	14	14	15	9	8	5	47	34	35
2009 - 2030	-16	-7	-13	-6	-4	-9	-21	-17	-22	32	30	30	66	60	49
2030 - 2050	-15	-9	-13	-14	-7	-11	-5	-4	-7	-18	-15	-19	66	66	67
2009 - 2050	-28	-15	-24	-19	-12	-19	-25	-20	-27	8	11	6	175	165	149

Der Jugendquotient wird von derzeit 35 leicht auf 30 sinken und der Altenquotient von derzeit 25 auf 60 steigen und sich damit mehr als verdoppeln. Das bedeutet, dass im Jahr 2050 auf 100 erwerbsfähige Einwohner 90 Einwohner kommen, die entweder zur Schule gehen oder sich in Ausbildung befinden bzw. ein Altersruhegeld beziehen.

Die Berechnungen des Hessischen Statistischen Landesamtes kommen zu ähnlichen Ergebnissen.

Im Jahr 2008 lag der Gesamtquotient (Jugend- und Altenquotient) im Land Hessen bei 64,5, im Regierungsbezirk Darmstadt bei 62,4 und im Main-Kinzig-Kreis bei 65,7. Im Jahr 2030 sagt das Landesamt für das Land Hessen einen Gesamtquotienten von 79,0, für den Regierungsbezirk einen Quotienten von 76,1 und für den Main-Kinzig-Kreis einen solchen von 82,0 vorher.

Der Jugendquotient fällt im Main-Kinzig-Kreis von 32,8 im Jahr 2008 auf 30,3 im Jahr 2030, der Altenquotient steigt von 32,9 im Jahr 2008 auf 51,7 im Jahr 2030.

### 5.4. Demografiefähigkeit hessischer Städte und Gemeinden

Im Oktober 2010 hat der Hessische Landesrechnungshof seinen 21. Zusammengefassten Bericht<sup>18</sup> dem Hessischen Landtag vorgelegt. In diesem Bericht finden sich die Ergebnisse einer

<sup>18</sup> Der Präsident des Hessischen Rechnungshofs: Einundzwanzigster Zusammenfassender Bericht 2010, Hessischer Landtag Drucksache 18/2633, [www.rechnungshof-hessen.de](http://www.rechnungshof-hessen.de)

Fachprüfung Demografie. In der 136. vergleichenden Prüfung „Demografischer Wandel“ wurden 29 hessische Städte und Gemeinden auf der Datenbasis der Jahre 2004 bis 2008 im Jahre 2009 auf ihre „Demografiefähigkeit“ untersucht. Aus dem Main-Kinzig-Kreis waren die folgenden Städte und Gemeinden einbezogen: Bruchköbel, Jossgrund, Künzell und Schlüchtern.

**„Bis zum Jahr 2025 ist zu erwarten, dass in allen hessischen Landkreisen die Bevölkerungszahl im Schnitt um 4,4 Prozent abnimmt.“<sup>19</sup> In der Mehrzahl der untersuchten Kommunen ist bereits im Jahr 2020 mit einem Bevölkerungsrückgang mit einem Minus von bis zu 18 Prozent zu rechnen. Im Jahr 2050 werden alle untersuchten Kommunen zwischen 6 und 45 Prozent weniger Bevölkerung haben.**

Es drängen sich drei zentrale **Erkenntnisse**<sup>20</sup> auf.

- 1. Der demografische Wandel ist unumkehrbar.**
- 2. Die Kommunen können sich nicht gegen die Zwangsläufigkeit des demografischen Wandels stemmen.**
- 3. Die Kommunen haben es nicht in der Hand, den demografischen Wandel umzukehren.**

Die Prüfer haben mit einer interessanten zusätzlichen Prognose „den bestimmenden Einfluss der bestehenden Altersstruktur auf die Bevölkerungsentwicklung“ (Seite 151) aufzeigen können.

„Sie (die Prognose) geht davon aus, dass die Geburtenhäufigkeit ab dem Jahr 2009 doppelt so hoch wäre wie im hessischen Durchschnitt des Jahres 2008. Bei einer durchschnittlichen Zahl von 2,7 Kindern je Frau ist trotzdem nur in 8237 der 29 geprüften Gemeinden bis zum Jahr 2025 ein Bevölkerungswachstum zu erwarten. Bis zum Jahr 2050 wäre nur noch in Hadamar, Kronberg im Taunus und Mainhausen mit einer steigenden Bevölkerungszahl zu rechnen. Alle anderen Gemeinden würden trotz doppelter Geburtenrate Bevölkerung verlieren. Diese zusätzliche Prognose zeigt für alle geprüften Gemeinden bis zum Jahr 2025 ein Bevölkerungsrückgang von 7 Prozent und bis zum Jahr 2050 von 17 Prozent.“<sup>21</sup>

Der Prüfbericht dazu abschließend: „Damit bestätigt sich die Unumkehrbarkeit des demografischen Wandels.“

---

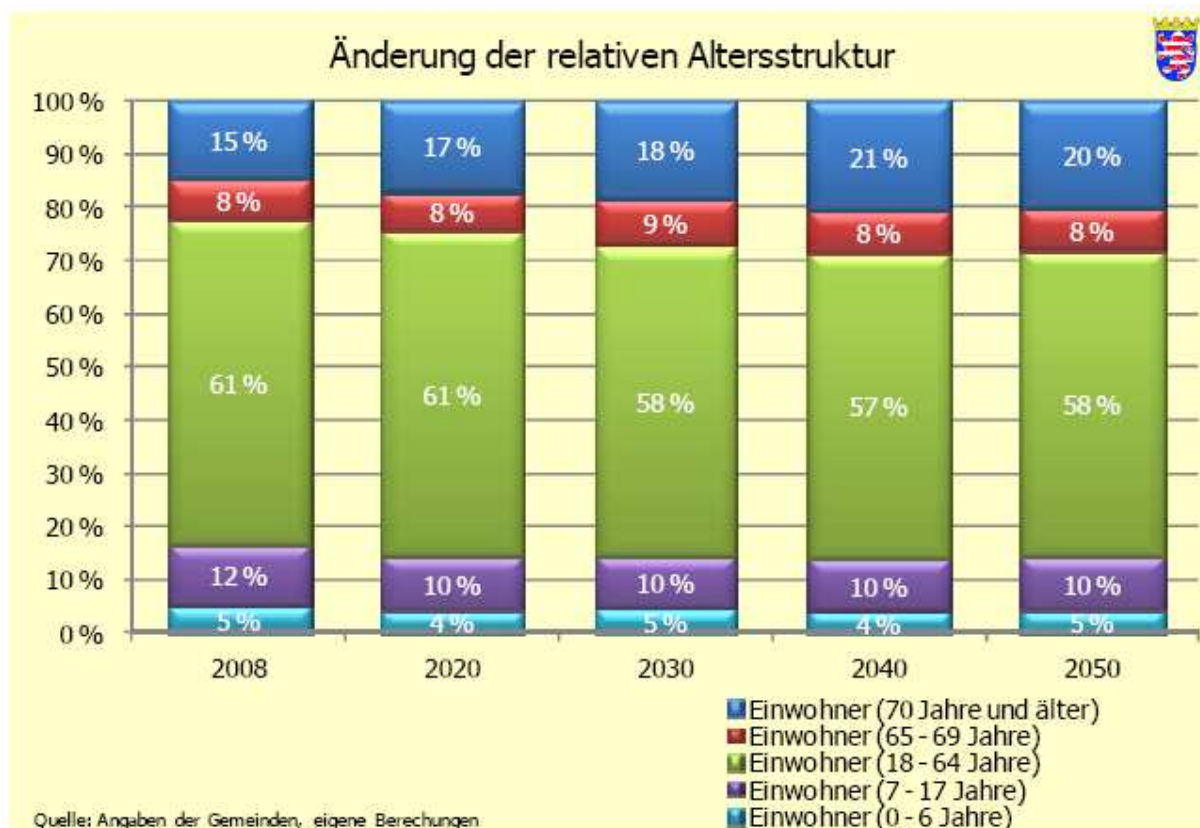
<sup>19</sup> Einundzwanzigster Zusammenfassender Bericht 2010, Seite 150

<sup>20</sup> Ebd., Seite 147 ff.

<sup>21</sup> Ebd., Seite 151

Nun bemühen sich die Gemeinden mit Maßnahmen zur Verbesserung der „Familienfreundlichkeit“ junge Familien anzusprechen bzw. Paare hinsichtlich eines Kinderwunsches positiv zu beeinflussen. Der Bericht lässt keinen Zweifel daran, dass diese Anstrengungen insgesamt nicht zu mehr Geburten führen. Es entsteht ein Wettbewerb zwischen den Gemeinden, die in allen Fällen zu mehr Ausgaben führen, die allerdings in keinem Verhältnis zum Erfolg stehen. Der Erfolg dieser Maßnahmen bzw. dieses Wettbewerbs ist fragwürdig und führt nur zu einer Verschiebung der Familien zwischen den Gemeinden. Der Bericht sagt: „Das Werben um gleiche Zielgruppen (so junge Familien) dürfte bei deutlich rückläufigen Bevölkerungszahlen einen gegenseitigen Verdrängungseffekt nach sich ziehen.“ (Seite 152)

Die Bevölkerung nimmt dem Bericht zu Folge in fast allen Gemeinden ab und damit geht die Änderung der Altersstruktur einher. „Die Einwohnerzahl in den Altersstufen 65 bis 69 Jahre sowie 70 Jahre und älter steigt zunächst bis zum Jahr 2030 an, danach fällt sie bis zum Jahr 2050 annähernd auf das Niveau des Jahres 2008 wieder ab.“ (Seite 154). Dieser Anstieg und das Abfallen werden durch die ins Alter kommenden „geburtensarken“ Jahrgänge verursacht. Die Versorgung dieser Jahrgänge wird zur zentralen Herausforderung der Gesellschaft werden.



Die rückläufigen Bevölkerungszahlen werden auch einen Einfluss auf die Gemeindefinanzen haben. Der damit einhergehende Rückgang der Erwerbsbevölkerung wird die Finanzkraft der Städte und Gemeinden schwächen. Die Einnahmen aus Einkommen- und Umsatzsteuer werden zurückgehen. Der demografische Wandel wird jedoch auf die Sozial- und Gesundheitsversorgung ebenso einwirken wie auf den Finanzierungsbedarf des Landeswohlfahrtsverbandes.

Hinzu kommen Risiken wie z.B. der Ausweis von Neubauflächen, die von den Städten und Gemeinden erschlossen werden, die jedoch nicht in dem erforderlichen Maß „vermarktet“ werden können. Es steht u befürchten, dass im „Kampf um die Einwohner“ derartige Gemeindeflächen „unter Wert“ vergeben werden, um (junge) Familien aus anderen Kommunen abzuwerben. Die damit verbundenen Auswirkungen können dann als Leerstände in den „verlassenen“ Kommunen gesehen werden.

„Die Kommune als Siedlungsraum ist der Ort des Bauens und Wohnens. Der Rückgang der Bevölkerungszahl führt mittel- und langfristig zu einem steigenden Leerstand<sup>22</sup> an Wohneinheiten. Wohneinheiten sind abgeschlossene Wohnungen, in denen je ein Haushalt geführt werden kann. Bleibt die Zahl der Wohneinheiten gleich und auch die Zahl der Personen je Wohneinheit, dann ergibt sich aus der Bevölkerungsprognose ein Rückgang des Bedarfs. Der im Jahr 2050 daraus resultierende Überschuss reicht von 126 Wohneinheiten in Nieste bis 2.193 Wohneinheiten in Schlüchtern.“ (Seite 169)

Im Bericht heißt es weiter, dass es zugleich eine verstärkte Nachfrage nach „kleineren, seniorengerechten“ Wohneinheiten geben wird. Jedoch: „Im Ergebnis werden die Kommunen zu berücksichtigen haben, dass es weniger Bedarf an Wohneinheiten gibt.“

Die Leerstände werden Auswirkungen auf die Immobilienpreise haben und zu einem privaten und öffentlichen Vermögensverlust führen und das Erscheinungsbild der Städte und Gemeinden prägen.

Die rückläufigen Bevölkerungszahlen wirken sich insbesondere beim Nachwuchs aus.

„Im Mittel aller geprüften Gemeinden sinkt die Zahl der Einwohner im Alter von 0 bis 6 Jahren deutlich und stetig. Bis 2020 geht die Altersgruppe um 11 Prozent zurück, bis 2030 um 17 Prozent, 2040 sind es 23 Prozent weniger als im Referenzjahr 2008 und 2050 schließlich 28 Prozent.“ (Seite 162)

---

<sup>22</sup> Von den 29 geprüften Gemeinden kannten 21 nicht die Zahl der Leerstände in Wohngebäuden. (Seite 171)

Die sinkende Zahl der Kinder führt zwangsläufig zu rückläufigen Belegungs- bzw. Bewerberzahlen in den Kindertagesbetreuungseinrichtungen, den Grundschulen aber auch den weiterführenden Schulen und in der Ausbildung.

„In allen geprüften Gemeinden geht die Zahl der Einwohner zwischen 7 und 17 Jahren zurück. Bis zum Jahr 2020 im Mittel um 18 Prozent. Zum Ende des Prognosezeitraums wird die Zahl der 7 bis 17 Jährigen um ein Drittel zurückgehen. Diese sinkenden Schülerzahlen haben die Schulträger der Kommunen bei der Planung der schulischen Infrastruktur zu berücksichtigen.“ (Seite 164)

Der Abbau von Kapazitäten wird unumgänglich sein. Es wird zu Konzentrationen an zentralen und gut erreichbaren Orten kommen müssen. Die Alternative zum Abbau von Kapazitäten kann gegebenenfalls in einer Neuausrichtung der Erziehungs-, Bildungs- und Betreuungsarbeit liegen. Die Trennung in Kindertagesstätte, Grundschule, Erwachsenenbildung und Altenbetreuung muss dazu aufgegeben werden. Die „Gruppen“ sind dann nicht mehr nach Alter, sondern nach den Zielen der Erziehung, der Bildung, der Betreuung altersübergreifend zusammenzustellen.

Das bedeutet, dass Gebäude schon bei der Planung so zu gestalten sind, dass sie eine Folge- bzw. eine Mehrfachnutzung zu lassen. (siehe: Seite 160)

„Die durchschnittliche Entwicklung zeigt einen kontinuierlichen Anstieg der Senioren bis zum Jahr 2040 um 19 Prozent. Danach geht deren Zahl zurück und liegt zum Ende des Prognosezeitraums noch neun Prozent über der des Referenzjahrs 2008. ....

Ein großer Teil der Unterstützung und Pflege der Senioren wird nicht von Kommunen oder anderen institutionellen Einrichtungen, sondern im näheren sozialen Umfeld erbracht (Familie, Freunde, Nachbarn). Zu einem hohen Anteil wurden die Pflege- und Unterstützungsleistungen von Frauen zwischen 45 und 60 Jahre geleistet oder organisiert. Dieses soziale Unterstützungspotential wird zurückgehen. Das Zahlenverhältnis der Frauen zwischen 45 und 60 Jahren zur Zahl der Einwohner im Alter über 70 Jahren ändert sich in den geprüften Gemeinden deutlich. Diese Entwicklung deutet auf einen steigenden Bedarf an institutionellen Hilfs- und Pflegeleistungen hin.“ (Seite 166)

Die Bevölkerungsentwicklung wird die soziale und die technische Infrastruktur vor neue Herausforderungen stellen. Der Rückbau von Kapazitäten in Kindertageseinrichtungen und Schulen wird mit dem Ausbau von Pflege- und Haushaltsdienstleistungen einhergehen. Der Sozial- und Gesundheitssektor bedarf des „ressortübergreifenden“ Umbaus.

Die technische Infrastruktur steht vor nicht minder schweren Herausforderungen, müssen doch immer weniger Menschen, die gleiche und zum Teil sanierungsbedürftige Infrastruktur z.B. die Kanalisation über die Gebühren finanzieren. Der Anstieg der Gebühren wird sich auf Dauer nicht vermeiden lassen.

„Die maßgeblichen Kosten der netzgebundenen Infrastruktur werden vor allem durch fixe Kosten beeinflusst, die unabhängig von der Zahl der angeschlossenen Einwohner entstehen (wie Abschreibung auf die Investitionen, Verwaltungs- und Personalkosten). Die Fixkosten hängen wesentlich mit der Länge des Netzes und der technischen Ausstattung wie Kläranlagen zusammen. Demgegenüber sind die verbrauchsabhängigen, variablen Kosten zu vernachlässigen (Energieverbrauch von Pumpen oder Betriebsmittel in der Kläranlage). Der Bevölkerungsrückgang führt deshalb dazu, dass die Kosten von weniger Einwohnern getragen werden müssen.“ (Seite 173)

Im Bericht heißt es weiter: „Der demografische Wandel ändert mit der Alterung der Bevölkerung auch die Bedeutung von Barrierefreiheit im öffentlichen Raum. Barrierefreiheit heißt, Menschen mit Einschränkungen des Bewegungsapparats oder des Sehvermögens einen bequemen Zugang zu öffentlichen Gebäuden, Straßen, Wegen, Parkanlagen, Friedhöfen zu ermöglichen.“ (Seite 176)

Im „Ausblick“ (ab Seite 176) hinterfragt der Bericht die derzeitigen definierten Standards angesichts der Herausforderungen des demografischen Wandels. Es wird noch einmal auf die zu erwartenden „verminderten kommunalen Einnahmen“ hingewiesen und auf den Bedarf an „seniorengerechtem“ Wohnraum.

Es werde darauf an kommen, so der Bericht weiter, bei „begrenzten Ressourcen“ entsprechende „Prioritäten“ zu setzen und zwar „von den kinderbezogenen Angeboten (bis hin zur Seniorenhilfe, ... im Idealfall durch generationsübergreifende Angebote.“ (Seite 176)

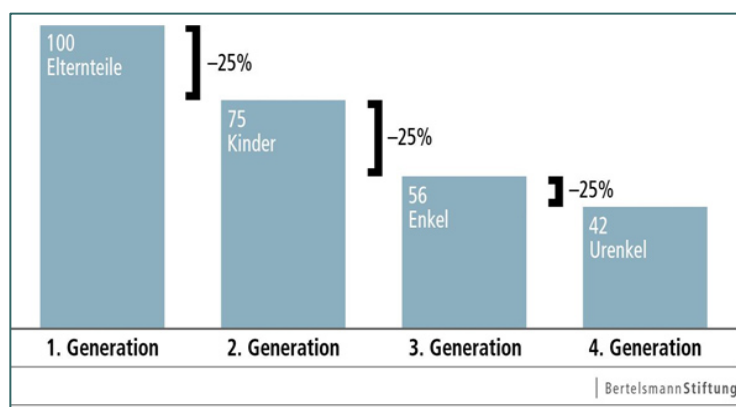
## 6. Was passiert mit meinem Dorf? - Schlussfolgerungen

Die bisherigen Ausführungen legen die folgenden sieben Schlussfolgerungen nahe:

1. **Jede Generation ist um ein Drittel kleiner als die vorherige. Die Bevölkerungszahl halbiert sich somit innerhalb von zwei Generationen.**
2. **Die (sinkende) Geburtenrate, die (steigende) Lebenserwartung und die Migration verändern die Zahl der Einwohner sowie die Alters- und Sozialstruktur.**
3. **Das Bild vom Alter(n) verändert sich – medial und real.**
4. **Weniger Kinder bedeuten weniger Schüler und weniger Schüler bedeuten weniger Fachkräfte.**
5. **Steuern und andere Einnahmen des Staates gehen zurück.**
6. **Die technische Infrastruktur ist unausgelastet und wird zu teuer.**
7. **Die soziale Infrastruktur muss flexibilisiert werden.**

1. **Jede Generation ist um ein Drittel kleiner als die vorherige. Die Bevölkerungszahl halbiert sich somit innerhalb von zwei Generationen.**

Diese „harte“ Tatsache ist in dem Schaubild der Bertelsmann Stiftung eindrücklich dargestellt.



In der ersten Generationen haben 100 Elternteile (50 Frauen und 50 Männer) im Durchschnitt 1,5 Kinder. Die zweite Generation besteht dann aus 75 Kindern, davon je die Hälfte Frauen bzw. Männer. Bei einer gleichbleibenden Geburtenrate von 1,5 Kindern pro Frau wird die dritte Generation 56 Enkel, bezogen auf die erste Generation dieses Schaubildes, haben. Die Geburtenrate in Deutschland liegt (kaum) unverändert bei ca. 1,4 Kindern pro Frau. Eine Gesellschaft kann sich bei einer Geburtenrate von 2,1 Kindern pro Frau aus eigener Reproduktion selbst erhalten.



## **2. Die (sinkende) Geburtenrate, die (steigende) Lebenserwartung und die Migration verändern die Zahl der Einwohner sowie die Alters- und Sozialstruktur.**

Die „Lebenserwartung (ist) so hoch wie nie“. Dies konnten wir Anfang November im Hanauer Anzeiger<sup>23</sup> lesen. Jeder zweite Mann wird derzeit wenigstens 80 Jahre alt und jede zweite Frau erlebt ihren 85.Geburtstag.

Wie Migration die Strukturen verändert, kann man am Beispiel der Deutschen Fußballnationalmannschaft sehen. Elf der 23 Spieler im DFB-Team von 2010 haben einen Migrationshintergrund.

„Die deutsche Fußball-Nationalmannschaft ist längst zu einem Spiegelbild der deutschen Gesellschaft geworden. Im 23-köpfigen Multi-Kulti-Kader von Bundestrainer Joachim Löw für die WM in Südafrika stehen elf Spieler mit Migrationshintergrund aus acht verschiedenen Ländern.“<sup>24</sup>

## **3. Das Bild vom Alter(n) verändert sich – medial und real.**

Im Psalm 90, Vers 10 des Alten Testaments können wir zum Thema Alter folgendes lesen.

„Unser Leben währet siebzig Jahre, und wenn's hoch kommt, so sind's achtzig Jahre, und wenn's köstlich gewesen ist, so ist es Mühe und Arbeit gewesen; denn es fährt schnell dahin, als flögen wir davon.“

Die Sprachforscher und Märchensammler Brüder Grimm haben folgendes Bild notiert:

„10 jahr ein kind, 20 jahr ein jüngling, 30 jahr ein mann, 40 jahr stille stahn, 50 jahr geht alter an, 60 jahr ist wohlgetan, 70 jahr ein greis, 80 jahr schneeweisz, 90 jahr der kinder spott, 100 jahr gnad dir got.“<sup>25</sup>

In der Strategiemappe „Zukunftsmarkt 50plus“ des Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie<sup>26</sup> aus dem Jahr 2010 wird ein 56 Jahre alter Jurist wie folgt zitiert: „Mit 51 bin ich meinen ersten Marathon gelaufen. Nächstes Jahr will ich in New York dabei sein.“

War das Leben „Mühe und Arbeit“ und mit „40 jahr stille stahn“, so ist es heute möglich, auch „im vorgerückten“ Alter noch neue, ungewöhnliche, Vorhaben umzusetzen.

---

<sup>23</sup> Lebenserwartung so hoch wie nie, Hanauer Anzeiger vom 5.11.2010

<sup>24</sup> FIFA WM in Südafrika Nationalelf Vorbild für Integration, Quelle: <http://www.swr.de/international/de> vom 9.Juli 2010

<sup>25</sup> Jacob Grimm: Rede über das Alter, Berlin 1863

<sup>26</sup> Strategiemappe „Zukunftsmarkt 50plus“, Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, Berlin 2010

Die klassische, dreiteilige Biografie mit Kindheit, Familien- und Erwerbsleben und anschließender „Alterszeit“ hat einer, wie der Zukunftsforscher Horx einmal formuliert hat, „Multigrafie“ Platz gemacht. Kindheit- und Jugendzeit sind stark differenzierte Lebensphasen. Die Ausbildungszeit verschiebt sich deutlich an die Grenze des Teenager- zum Twenalter. Die Familiengründung findet entsprechend „spät“ statt; Kinder sind nicht mehr die zentrale Aufgabe einer Lebensgemeinschaft. Die Patchworkfamilien sind keine Ausnahme mehr. Auch die Erwerbsbiografien haben sich stark verändert. Es wird nicht mehr „für das Leben gelernt“, sondern für den Einstieg in einen Beruf. Die Inhalte und die Anstellungsverhältnisse verändern sich heute rascher denn je.

#### **4. Weniger Kinder bedeuten weniger Schüler und weniger Schüler bedeuten weniger Fachkräfte.**

Wir können uns die andere Seite dieser Medaille ansehen und müssen dann feststellen, dass weniger Kinder, weniger Schüler, weniger Fachkräfte auch heißt: weniger Erzieher(innen) – weniger Lehrer(innen) – weniger Ausbildungspotentiale.

Nun erleben wir in diesen Tagen die – nach meinen Begriffen – etwas seltsame Debatte über einen „angeblichen“ Fachkräftemangel beim Beruf Erzieher(in).

Schauen wir einmal genauer hin und fragen, wodurch der Mangel an Erzieher(innen)n ausgelöst wurde. Eines muss von vornherein klar sein: Der Mangel entsteht nicht aufgrund steigender Geburtenzahlen. Die Geburtenzahlen sinken. In dieser Logik müssten wir eigentlich von einer ausreichenden Versorgung, ja eventuell sogar von einer Überkapazität ausgehen. Nun sagen wir, es gibt einen Mangel. Der Mangel ist eine ausschließlich zeitlich befristete Erscheinung. Der Mangel an ausreichend ausgebildetem Personal entsteht durch die Einführung des Rechtsanspruches auf eine Kindertagesbetreuung für Kinder unter drei Jahren. Die Nachfrage nach Personal ist trügerisch. In dem Moment, in dem der Rechtsanspruch erfüllt werden kann, ist die Bedarfsspitze erreicht und der Mangel schlägt in „Überschuss“ um, da alle zukünftigen Geburtenjahrgänge kleiner sind als die vorangegangenen.

Wie reagieren wir? Wir reagieren innerhalb des Systems und tun, was wir immer getan haben: Wir passen die Ausbildungskapazitäten (zu spät) an. Wir bilden Erzieher(innen) für eine Zukunft aus, in der wir sie nicht mehr in dem Umfang benötigen, obgleich uns eigentlich heute der Schuh bei der Versorgung drückt. Notwendige Reformen, so lesen wir im Demografie Spezial der Deutschen Bank, seien mit Entschlossenheit von Nöten, um sachgerechte Antworten zu geben. Im Falle des Bedarfs an Betreuungskräften für die Kindertagesbetreuung

könnte dies u.a. auch bedeuten, Menschen aus anderen Berufen, Eltern in Familienzeit, engagementbereite Bürgerinnen und Bürger mit einer entsprechenden Vorbereitung in die Versorgung mit einzubeziehen. Dies gelingt an anderer Stelle auch. Ich denke z.B. an die Telefonseelsorge oder die Hospizarbeit.

#### **5. Steuern und andere Einnahmen des Staates gehen zurück.**

Steuern und Ausgaben des Staates gehen auf allen Ebenen zurück, sowohl auf der Ebene der Kommune als auch auf der Ebene der Landkreise, der Länder und des Bundes. Was bleibt sind die Ausgaben. Die Ausgaben bleiben, weil die Aufgaben bleiben.

„Mit der demografischen Veränderung geht aktuell ein Rückgang der staatlichen Einnahmen einher. Das Umsatz- und Verbrauchsteueraufkommen wird sich bei heutigem Rechtsstand weitgehend proportional zum Rückgang der Bevölkerung entwickeln, während das Einkommensteueraufkommen aufgrund der Alterung der Gesellschaft überproportional zurückgehen wird. Insgesamt wird daher das Steueraufkommen prozentual etwas stärker zurückgehen als die Bevölkerungszahl. Aus der Alterung der Gesellschaft resultiert zudem eine Verschiebung bei der Nachfrage nach öffentlichen (Dienst-) Leistungen. Nicht in allen Bereichen öffentlicher Dienstleistungen und Güter ist jedoch ein Rückgang der Ausgaben proportional zur Bevölkerungsentwicklung zu erwarten.“<sup>27</sup>

#### **6. Die technische Infrastruktur ist unausgelastet und wird zu teuer.**

Die Umlagen steigen. Die Infrastruktur kann nicht in dem Maße wie die Bevölkerung schrumpft, zurückgenommen werden. Wasser- und Abwasser- und Energieversorgung erfordern entsprechende Netze, deren Unterhaltung zu finanzieren ist. Weniger Bürger(innen) werden sich die gleichbleibenden Kosten teilen müssen.

#### **7. Die soziale Infrastruktur muss flexibilisiert werden.**

Die soziale Infrastruktur muss flexibilisiert werden, da sich an vielen Stellen „stationäre“ Infrastrukturen nicht aufrecht erhalten lassen. Wir diskutieren in diesem Zusammenhang auch über die Frage der ärztlichen bzw. hausärztlichen Versorgung. In einem Artikel der Frankfurter Rundschau vom 16.7.2010<sup>28</sup> wird beispielsweise die Gemeindegeschwister wieder ins Gespräch gebracht oder eine mobile Versorgung unter der Überschrift „Ärzte auf Rädern“ angeregt.

---

<sup>27</sup> Demografischer Wandel und soziale Infrastruktur - Bericht der von der 87. Arbeits- und Sozialministerkonferenz eingesetzten länderoffenen Arbeitsgruppe, Oktober 2011

<sup>28</sup> Hausärzte auf dem Land: Ärzte auf Rädern, Frankfurter Rundschau vom 16.7.2010

„Die demografische Entwicklung stellt die soziale Infrastruktur in unterschiedlicher Weise vor Herausforderungen. So steigt beispielsweise mit Zunahme des Anteils der älteren Menschen der Bedarf an Einrichtungen für Pflege und Betreuung. Die quantitative Ausweitung bestehender sozialer Dienste und Güter ist in Teilbereichen nach wie vor notwendig, steht jedoch im Spannungsfeld zunehmend geringer werdender finanzieller Ressourcen der öffentlichen Hand. Unter dem Anspruch einer generationengerechten nachhaltigen Entwicklung kann der demografische Wandel deshalb nicht alleine durch die Expansion bestehender Güter und Dienstleistungen bewältigt werden. Vielmehr müssen grundsätzlich neue, innovative Formen sozialer Infrastruktur in den Fokus rücken.“<sup>29</sup>

- **Ein japanisches Beispiel**

Die notwendigen Schritte, um die Folgen des demografischen Wandels zu mildern, ja gar aufzuheben, erfordern eine gehörige Portion an Mut. Es braucht Mut zu – auch scheinbar unpopulären – Maßnahmen.

Die nachfolgenden Ausführungen wurden dem Online-Handbuch Kindergartenpädagogik von Martin R. Textor<sup>30</sup> entnommen:

„Japan hat den höchsten Anteil an alten Menschen weltweit - gefolgt von Deutschland. Donata Elschenbroich und Otto Schweitzer, Mitarbeiter des Deutschen Jugendinstituts, haben im Jahr 2009 einen 55 minütigen Dokumentarfilm mit dem Titel „Lebenserwartung. Die Alten und die Kinder in Japan“ vorgestellt, der zeigt, wie sich das Alter in Tokio, am Stadtrand und auf dem Land gestaltet. Herausgekommen ist ein Film, in dem es im Grunde um das Verhältnis zwischen der jüngsten Generation und den Generationen der Großeltern und Urgroßeltern geht. ...

So wird gezeigt, wie im Stadtteilzentrum Tokiwaki (Tokio) ganz alte Menschen (zum Teil in Rollstühlen) mit Kleinstkindern interagieren, mit ihnen singen oder Bewegungsspiele zu Musik machen. ...

Am längsten berichten Donata Elschenbroich und Otto Schweitzer aus dem Pflegezentrum Showa am Stadtrand von Tokio. Hier leben die rund 100 Kinder der in der Einrichtung beschäftigten Erwachsenen mit ca. 200 Senior/innen zusammen, die sich in stationärer (Kurzzeit-) Pflege oder Tagespflege befinden. Jeden Morgen holen die Kleinst- und Kleinkinder

---

<sup>29</sup> Demografischer Wandel und soziale Infrastruktur, ebenda.

<sup>30</sup> Kindergartenpädagogik | Online – Handbuch; Herausgeber: Martin R. Textor; [www.kindergartenpaedagogik.de](http://www.kindergartenpaedagogik.de)

die Pflegebedürftigen ab und begleiten sie in einen riesigen Tagesraum, in dem sie gemeinsam den größten Teil des Tages verbringen. Dort wird gemeinsam gespielt, gesungen, geklatscht usw. Auch helfen die Kinder z.B. beim Austeilen von Getränken und von warmen, feuchten Tüchern. Im Gemeinschaftsraum laufen große und kleine Hunde herum, die von den Kindern und den Pflegebedürftigen gestreichelt und von Letzteren auch auf dem Schoß genommen werden. Die Kleinkinder begleiten die Senior/innen auch in das Außengelände, wo Ziegen und Hühner in Gehegen gehalten werden. Diese werden dann gemeinsam gefüttert. Am Nachmittag kommen Schulkinder hinzu und spielen oder lesen im Tagesraum. ...

Somit vermittelt der Film von Donata Elschenbroich und Otto Schweitzer letztlich einen neuen sozialpädagogischen und einen neuen frühpädagogischen Ansatz: Sie zeigen, wie alte und pflegebedürftige Menschen von dem Zusammensein mit Kleinkindern bzw. von der "child assisted therapy" profitieren und wie Kleinkinder in ihrer Entwicklung durch regelmäßige Kontakte zu Senior/innen gefördert werden können. Für Deutschland durchaus nachahmenswert...“

### **Denken in „Einrichtungen“ verhindert kreative Lösungen!**

Wir müssen, davon abgesehen, dass wir die demografischen Tatsachen anerkennen müssen, abseits unseres eingefahrenen Handelns lernen müssen, Neues zu denken, querzudenken, grenzüberschreitend zu denken; den Menschen – uns – in den Mittelpunkt zu stellen. Politik mit den Menschen machen und nicht für sie! Die Bürgerinnen und Bürger in Entscheidungsprozesse verpflichtend miteinbeziehen, sie einbinden. Wir müssen Abschied nehmen vom bisherigen Wachstumsgedanken und Wachstum neu definieren. Wachstum muss einen anderen Maßstab erhalten. Wachstum muss sich an der Qualität unseres menschlichen Miteinanders messen lassen.

Bei allem soll nicht verschwiegen werden, dass wir auch weiterhin finanzielle Ressourcen auf kommunaler Ebene benötigen. Die Gemeindefinanzen abhängig zu machen von den Einkommensteueranteilen ihrer Einwohner und der Gewerbesteuer bedeutet, die zukünftige Entwicklung nicht im Blick zu haben: weder den damit notwendiger Weise verbundenen Einnahmerückgang noch die zu bewältigenden Aufgaben des Umbaus unserer Strukturen. Die Zuwendungen aus den Mitteln des Gemeindefinanzausgleichs bedürfen eines zweifachen „demografischen Faktors“. Der erste demografische Faktor muss jenen Gemeinden, die am stärksten von der Schrumpfung ihrer Einwohner betroffen sind, entsprechende Hilfen gewähren, so dass diese ihre Infrastrukturen an die veränderte Lage anpassen können, damit die weiterhin ansässige Bevölkerung nicht von den durchschnittlichen Lebensbedingungen in

unserer Gesellschaft abgekoppelt wird. Der zweite demografische Faktor betrifft jene Kommunen, die ihre Haushalte und die damit verbundenen Ausgaben bzw. die kommunalen Aufgaben demografiefähig ausrichten. Auch diese Kommunen, die sozusagen vorausschauend agieren, die rückbauen, die mit anderen zusammenarbeiten, die ihre Zentren stärken, auch diese Kommunen müssen deutlich besser unterstützt werden als jene Kommunen, die nach wie vor den Kopf mehr oder weniger in den Sand stecken.

Und was brauchen wir dafür? Wir brauchen dafür nicht nur klare Förderrichtlinien, wir brauchen dazu vor allem eines: politischen Mut.

Die Frage, die sich nun „aufdrängt“ ist, wie kann man diese Problemstellungen „umschiffen“? Hilfreich kann die Beachtung folgender Elemente für ein Handlungskonzept sein:

- differenzierte Darstellung des Status quo der Bevölkerung
- Prognosedaten für ausgewählte Zeitpunkte in der Zukunft
- Formulierung einer Zielvorstellung
- Identifizierung von bevorzugten – lokal / überregional angepassten – Handlungsfeldern
- Benennung konkreter Maßnahmen  
(Verantwortung, Zeithorizont, Finanzierbarkeit)
- Bürgerbeteiligung in unterschiedlicher Form  
(Beteiligung, Mitbestimmung, Engagement)

Es gibt viele Handlungsfelder - Leichte Sprache: Garantiert verständlich | Medien: Zugänge für alle | Freizeit: Alle inklusive? | Gebäude und Plätze: Zugänglichkeit gewähren | Verkehr: Sicherheit durch Orientierung | Wohnen: Selbstbestimmtes Leben ermöglichen | Gegenstände des täglichen Gebrauchs: Design für all | Dienstleistungen: Generationenfreundlich einkaufen - unter dem Blickwinkel des demografischen Wandels zu bearbeiten. Wie auch immer die Handlungsfelder benannt sind, wie sie zugeschnitten sind, welche Inhalte sich darin verbergen, Veränderungen sind überall notwendig.

In einer Publikation des Deutschen Instituts für Urbanistik<sup>31</sup> finden sich zwei zentrale Problemstellungen:

1. Das Planungs- und Entwicklungsverständnis ist in großen Teilen immer noch von Wachstumsvorstellungen geprägt.

---

<sup>31</sup> difu-Impulse: Demografischer Wandel 5/2010, Seite 55

2. Es gibt einen Widerspruch zwischen der Langfristigkeit demografischer Entwicklungen und dem eher kurzfristigen Horizont politischer Wahlperioden, der auf die administrativen Orientierungen zurückwirkt.

Es ist nur die Frage, ob ich warte und die Verhältnisse zwingen mich, sich diesen anzupassen – ohne Alternativen; oder ob ich (modern gesprochen) pro-aktiv, ob ich präventiv, die Auseinandersetzung suche und so meinen Handlungsspielraum zur rechten Zeit voll und ganz nutzen kann.

Der demografische Wandel ermöglicht einen ganz neuen Blick auf den Alltag bzw. den zukünftigen Alltag. Das Miteinander der Menschen wird sich verändern (müssen). Unsere Verhaltensweisen werden sich einer älter werdenden Gesellschaft anzupassen haben. Die Gegenstände des täglichen Gebrauchs müssen benutzerfreundlicher werden als sie dies bisweilen sind. Wohnungen, Wohnumfeld, Straßen, öffentliche Anlagen, das Einkaufen und die Mobilität, die Kultur und der Sport stehen auf dem Prüfstand.

Wir haben die – aus meiner Sicht einzigartige – Möglichkeit unsere Gesellschaft neu zu erfinden. Das Schöne daran ist, dass wir nicht von vorne beginnen müssen, dass wir das uns Bekannte und Vertraute behalten, dass wir es kreativ in die neue Zeit mit nehmen dürfen. Ebenso erfreulich ist es, dass wir die Veränderungen und Anpassungen, die wir uns überlegen (müssen), selbst nutzen werden. Wir selbst werden diejenigen sein, die nicht nur einen mittelbaren, nein auch einen unmittelbaren Nutzen davon haben werden. Wir dürfen wieder stärker gestalten und wir dürfen wieder „aushandeln“. Wir müssen nicht akzeptieren, wir dürfen steuern.

Die vor uns liegenden Aufgaben sind in Wirklichkeit nicht so kompliziert wie wir es uns manchmal denken. Oft sind es nur Kleinigkeiten, die wir verändern müssen, damit die Gegenstände, die Wohnungen, das Zusammenleben auch in einer älter werdenden Gesellschaft gelingt.

Ein schönes Bild ist der Motorradfahrer, der zunächst traurig auf sein Gefährt schaut, weil er glaubt, es nicht mehr nutzen zu können. Mit ein paar wenigen Veränderungen, wie z.B. einem Katzenfell über dem Sitz, mit Fingerwärmern an der Lenkstange, oder einer speziellen Lupe als Windfang, mit einem überhaupt bequemeren Sitz und ähnlichen Veränderungen lässt sich dann auch wieder Motorrad fahren. Vielleicht nicht mehr so schnell wie in früheren Jahren; da aber ja die anderen auch älter geworden sind und auch langsamer fahren, so stimmt es am Ende des Tages wieder.

## 7. Quellenverzeichnis

- Bosbach, Gerd: Produktivität kann Demografie-Wandel kompensieren; 3sat / nano, April 2008
- Bujard, Dr. Martin: Perspektiven einer familienorientierten Demografiepolitik, Working Paper Berliner Demografie Forum Januar 2012
- Bundesgesundheitsministerium: Zahlen und Fakten zur Pflegeversicherung (08/11)“ vom 9. Februar 2012
- Bundesministerium des Innern: Zusammenfassung des Demografieberichts der Bundesregierung, herausgegeben vom Bundesministerium des Innern, Stand: Oktober 2011
- Bundesverbands Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen: [www.barrierefrei.de](http://www.barrierefrei.de): Studie des Bundesverbands Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen (BFW): Wohnen im Alter
- Bundeszentrale für politische Bildung: Zahlen und Fakten: Europa, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn © 2011/2012
- Busch, Uwe van den: Demografische Rahmendaten zur langfristigen Bevölkerungsentwicklung in Hessen und seinen Regierungsbezirken - Eine Projektion für den Zeitraum von 2010 bis 2030 und eine Trendfortschreibung bis 2050, Herausgeber: HessenAgentur, Report Nr. 791, Wiesbaden 2010
- Busch, Uwe van den: Bevölkerungsvorausschätzung für die hessischen Landkreise und kreisfreien Städte - Eine Projektion für den Zeitraum von 2010 bis 2030 und eine Trendfortschreibung bis 2050, Herausgeber: HessenAgentur, Report Nr. 792, Wiesbaden 2010
- Der Präsident des Hessischen Rechnungshofs: Einundzwanzigster Zusammenfassender Bericht 2010, Hessischer Landtag Drucksache 18/2633, [www.rechnungshof-hessen.de](http://www.rechnungshof-hessen.de)
- Deutsche Bank: Die demografische Herausforderung | Demografie Spezial | Deutsche Bank Research – Juli 2002
- difu-Impulse: Demografischer Wandel 5/2010
- Elschenbroich, Donata und Otto Schweitzer: Lebenserwartung. Die Alten und die Kinder in Japan, Film, München 2009 Demografischer Wandel
- Goldstein, Joshua r. u.a.: Gibt es eine Trendumkehr in der Kinderzahl nach Geburtsjahrgängen in Deutschland?, Working Paper Berliner Demografie Forum Januar 2012
- Grimm, Jacob: Rede über das Alter, Berlin 1863
- Hessisches Statistisches Landesamt: Hessische Gemeindestatistik 2011 - Ausgewählte Strukturdaten aus Bevölkerung und Wirtschaft 2010, Wiesbaden 2012
- Hessisches Statistisches Landesamt: Hessische Gemeindestatistik 2012 - Ausgewählte Strukturdaten aus Bevölkerung und Wirtschaft 2011, Wiesbaden 2013
- Indikatoren- und Merkmalskatalog zum demografischen Wandel, Materialien zur Bevölkerungsstatistik, Frankfurt / Main 2011
- Integration nach Maß – Der Hessische Integrationsmonitor 2010, Hessisches Ministerium der Justiz, für Integration und Europa, Wiesbaden 2010



- Le Monde diplomatique Nr. 9517 vom 10.6.2011
- Leidner, Dr. Rüdiger u.a.: Leben ohne Barrieren; in: EUROPA kommunal 6/2006
- Mayer, Prof.Dr. Tilman: Demografiepolitik, Working Paper Berliner Demografie Forum Januar 2012
- Pack, Jochen: Zukunftsreport demografischer Wandel – Innovationsfähigkeit in einer alternden Gesellschaft, Bonn 2000
- Prüferhandbuch Qualitätszeichen „Generationenfreundliches Einkaufen“, Wirtschaftsfaktor Alter & Handelsverband Deutschland 2010
- Schneider, Prof.Dr. Norbert: Bevölkerungsentwicklung und Bevölkerungspolitik, Working Paper Berliner Demografie Forum Januar 2012
- Sozialministerkonferenz: Demografischer Wandel und soziale Infrastruktur - Bericht der von der 87. Arbeits- und Sozialministerkonferenz eingesetzten länderoffenen Arbeitsgruppe, Oktober 2011
- Statistikstelle Stadt Hanau: [www.hanau.de](http://www.hanau.de)
- Statistisches Bundesamt, Wiesbaden: Bevölkerung Deutschlands bis 2060 – 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, [www.destatis.de](http://www.destatis.de), Wiesbaden 2009
- Statistisches Bundesamt: Geburten in Deutschland, Wiesbaden 2012
- Strategiemappe „Zukunftsmarkt 50plus“, Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, Berlin 2010
- Textor, Martin R.: Kindergartenpädagogik, Online – Handbuch, [www.kindergartenpaedagogik.de](http://www.kindergartenpaedagogik.de)
- WISO Diskurs: Wohlstand durch Produktivität, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn März 2009
- WISO Diskurs: Zur Produktivitätsentwicklung Deutschlands im internationalen Vergleich, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn April 2012

Zeitungsartikel:

- FIFA WM in Südafrika Nationalelf Vorbild für Integration, Quelle: <http://www.swr.de/international/de> vom 9.Juli 2010
- Radikale Reform in Dänemark: Rente – mit 74; [sueddeutsche.de](http://sueddeutsche.de) vom 26.1.2011
- Mehrwertsteuer: Schäubles Angst vor den rüstigen Rentnern, [weltonline](http://weltonline.com) vom 14.9.2010
- Demografie: Der Kinderschwund macht sprachlos, [zeitonline](http://zeitonline.de) vom 17.11.2010
- „Meine Mitbewohnerin, die Oma“; [spiegelonline](http://spiegelonline.de) vom 23.1.2011
- Hausgemeinschaften werden wichtiger; in: Tageszeitung vom 28.12.2010
- Hausärzte auf dem Land: Ärzte auf Rädern, Frankfurter Rundschau vom 16.7.2010
- Generationenfreundlicher Einzelhandel – ein Gewinn für Alt und Jung, BM FSFJ, Berlin 2010
- Lebenserwartung so hoch wie nie, Hanauer Anzeiger vom 5.11.2010
- Schramm, Melanie: Jetzt fehlen die Mädchen; in: [zeitonline](http://zeitonline.de) vom 29.09.2010
- Sieren, Frank: Vier Großeltern, ein Enkel; in: [zeitonline](http://zeitonline.de) vom 04.01.2010
- Ohne: China erwägt Ende der Ein-Kind-Politik; in: [zeitonline](http://zeitonline.de) vom 31.10.2012